

Weltrevolution

Zweimonatszeitung der Internationalen Kommunistischen Strömung in Deutschland und der Schweiz

Massive Mobilisierungen in Spanien, Mexiko, Italien, Indien...

Gewerkschaftliche Hürden gegen die Selbstorganisierung und Vereinigung der Kämpfe

Während die Regierungen aller Länder immer brutale Sparmaßnahmen durchboxen wollen, haben die Mobilisierungen von 2011 - die Bewegung der Empörten in Spanien, Griechenland, die Occupy-Bewegung in den USA und anderen Ländern - im ersten Quartal 2012 nicht nachgelassen. Aber die Kämpfe stoßen auf eine mächtige Barriere - die Störmanöver der Gewerkschaften, mit deren Hilfe sie den Prozess der Selbstorganisierung und der Vereinigung, der 2011 angestoßen wurde, wirkungsvoll behindern.

Wie sich aus dem gewerkschaftlichen Würgegriff lösen? Wie die 2011 zum Vorschein gekommene Tendenz wieder aufgreifen und sie neu beleben? Vor welchen Perspektiven stehen wir? Auf diese Fragen werden wir versuchen, einige Elemente für eine Antwort zu liefern.

Massenkundgebungen

Wir möchten zunächst kurz einige Kämpfe in Erinnerungen rufen (wir sind in anderen Artikeln näher auf diese Kämpfe eingegangen).

In Spanien haben die Kürzungen (im Erziehungs-, Gesundheitswesen und in der Grundversorgung) und die Verabschiedung einer "Arbeitsreform", welche Entlassungen vereinfacht und den Betrieben unmittelbar

Lohnsenkungen ermöglicht, zu großen Demonstrationen geführt, insbesondere in Valencia, aber auch in Madrid, Barcelona und Bilbao.

Im Februar kam es als Reaktion auf den Versuch, ein Klima des Polizeiterrors auf den Straßen zu schaffen, nachdem man die SchülerInnen der Sekundarstufen in Valencia zu Sündenböcken machen wollte, zu einer Reihe von Massenkundgebungen, wo SchülerInnen und Beschäftigte aller Generationen auf den Straßen zusammenkamen, um Schulter an Schulter mit den Gymnasiasten zu protestieren. Die Protestwelle hat sich im ganzen Land ausgedehnt, mit Kundgebungen in Madrid, Barcelona, Saragossa, Sevilla; die meisten von ihnen wurden spontan abgehalten oder nach einer Entscheidung in improvisierten Versammlungen ([1]).

In Griechenland hat ein neuer Generalstreik im Februar die Massenkundgebungen im ganzen Land begünstigt. Daran beteiligten sich Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und der Privatindustrie, Junge und Alte, Arbeitslose, sogar Polizisten schlossen sich ihnen an. Die Beschäftigten des Kilki-Krankenhauses haben das Gebäude besetzt und zur Solidarität und zur Beteiligung der gesamten Bevölkerung an den Vollversammlungen aufgerufen sowie einen

Aufruf zur internationalen Solidarität verfasst. [2]

In Mexiko hat die Regierung den Großteil der Angriffe auf die Beschäftigten des Bildungswesens gerichtet, um sie dann auf die anderen Beschäftigten auszuweiten. Die Lebensbedingungen haben sich allgemein verschlechtert, obwohl man behauptet, das Land sei gut gegen die Krise gerüstet. Trotz der sehr starken gewerkschaftlichen Fesseln haben die LehrerInnen massenhaft im Zentrum Mexico-City protestiert. [3]

In Italien haben im Januar mehrere Kämpfe gegen Sparbeschlüsse der neuen Regierung stattgefunden - z.B. bei den Eisenbahnen, Jabil (früher Nokia), Esselunga di Pioltello in Mailand, Fiat in Termini Imerese, Cerámica Ricchetti in Mordado/Bologna; in den Raffinerien von Trapani; bei den prekär beschäftigten Forschern der Gasliani-Klinik in Genua, und auch in anderen Bereichen, die der Arbeiterklasse nahe stehen, wie bei den LKW-Fahrern, Taxifahrern, Fischern, Bauern. Die Bewegung war äußerst zersplittert. Ein Versuch der Koordinierung in der Mailänder Region scheiterte, sie war Gefangene der gewerkschaftlichen Herangehensweise geblieben [4].

In Indien, das mittlerweile gemeinsam mit China als "die Zukunft

des Kapitalismus" gepriesen wird, fand am 28. Februar ein Generalstreik statt, der von mehr als 100 Gewerkschaften ausgerufen wurde, die mehr als 100 Millionen Beschäftigte im ganzen Land repräsentieren (die aber nicht alle den Streik unterstützt haben, im Gegenteil). Dieser Generalstreik wurde als einer der zahlenmäßig größten Streiks auf der Welt eingestuft.

Aber dieser Tag war vor allem ein Tag der Demobilisierung, ein Mittel, um Druck abzulassen als Reaktion auf die wachsende Welle von Kämpfen seit 2010, an deren Spitze die Beschäftigten der Automobilindustrie stehen (Honda, Maruti-Suzuki, Hyundai-Motors). So hatten zwischen Juni und Oktober 2011 in den Autowerken die Beschäftigten selbständig gehandelt und nicht auf die Aufrufe der Gewerkschaften zu Aktionen gewartet. Deutliche Tendenzen zur Solidarität und zu einem Willen der Ausdehnung der Kämpfe auf andere Betriebe waren erkennbar. Ebenso waren Ansätze zur Selbstorganisierung und der Einberufung von Vollversammlungen ersichtlich, wie z.B. in Maruti-Suzuki in Manesar, einer neu errichteten Stadt infolge des Industriebooms in der Delhi-Region. Während dieses Kampfes haben die Beschäftigten entgegen den Anwei-

sungen der Gewerkschaft den Betrieb besetzt. Die Wut steigt weiter an. Deshalb haben die Gewerkschaften beschlossen, einen gemeinsamen Aufruf zum Streik zu verfassen, um gemeinsam der Arbeiterklasse entgegenzutreten[5].

2011 und 2012: ein- und derselbe Kampf

Die Jugendlichen, Arbeitslosen und prekär Beschäftigten waren die treibende Kraft unter den "Empörten" und der Occupy-Bewegung 2011 gewesen, auch wenn sich daran Beschäftigte aller Altersgruppen beteiligt haben. Es gab eine Tendenz, dass die Vollversammlungen zum Dreh- und Angelpunkt der Organisierung der Kämpfe wurden. Gleichzeitig wurde eine Kritik an den Gewerkschaften laut. Konkrete Forderungen wurden meist nicht erhoben, sondern man beschränkte sich auf die Empörung und die Suche nach einer Erklärung der Lage.

2012 nahmen die ersten Kämpfe als Reaktion auf die Angriffe der Regierungen eine etwas andere Gestalt an: an deren Spitze standen bislang die Beschäftigten der Altersgruppe der 40-50 Jährigen des öffentlichen Dienstes, die Unterstützung erhalten

Schluss auf S.2

Massaker in Syrien, iranische Krise...

Die Gefahr einer imperialistischen Katastrophe im Nahen und Mittleren Osten

In Syrien kommt es jeden Tag zu neuen Massakern. Nun ist auch dieses Land im Sumpf der imperialistischen Kriege im Nahen Osten versunken. Nach Palästina, Irak, Afghanistan und Libyen ist nun Syrien an der Reihe. Leider wirft diese Entwicklung sofort eine sehr besorgniserregende Frage auf. Was wird in der Zukunft passieren? Der Nahe und Mittlere Osten stehen vor einem Flächenbrand, dessen Ausgang schwer vorherzusehen ist. Hinter Syrien zieht der Iran die Fäden. Der Iran ruft selbst die größten Ängste hervor und facht die imperialistischen Appetite an; alle großen imperialistischen Räuber sind fest entschlossen, ihre Interessen in der Region zu verteidigen. Auch hier befinden wir uns am Rande des Krieges, dessen dramatischen Konsequenzen völlig wahnsinnig und zerstörerisch für das kapitalistische System selbst wären. Massive Zerstörungen und Chaos in Syrien. Wer ist verantwortlich? Aus der Sicht der internationalen Ar-

beiterbewegung wie für alle Ausgebeuteten der Erde kann die Antwort auf diese Frage nur folgende sein: Verantwortlich ist das Kapital, und nur dieses allein. Dies war schon bei den Massakern im Ersten und Zweiten Weltkrieg der Fall. Und auch bei all den endlosen Kriegen, die seitdem mehr Tote hinterlassen haben als die beiden Weltkriege zusammen. Vor mehr als 20 Jahren erklärte der damalige Präsident George Bush lange bevor sein Sohn ins Weiße Haus einzog, triumphierend, dass "die Welt nun eine neue Weltordnung" erleben werde. Der Sowjetblock war sprichwörtlich zusammengebrochen. Die UdSSR befand sich in der Auflösung, und mit ihrem Verschwinden sollten gleichzeitig alle Kriege und Massaker verschwinden. Dank des siegreichen Kapitalismus und unter dem Schutz der USA würde jetzt Frieden auf der Welt einkehren. Natürlich handelte es sich nur um Lügen, die sofort von der Wirklichkeit bloßgestellt wurden. So löste zum Beispiel G.Bush eine kurze Zeit nach dieser zynischen und heuchlerischen Rede den ersten Irak-Krieg Anfang 1991 aus.

1982 hat die syrische Armee die Erhebung der Bevölkerung in der Stadt Hama blutig niedergeschlagen. Die Zahl der Opfer konnte nie zuverlässig ermittelt werden: man schätzt zwischen 10.000 und 40.000 Ermordete. [1] Niemand sprach seinerzeit davon, dort einzugreifen um der Bevölkerung zu helfen; niemand verlangte damals den Rücktritt von Hafez Al-Assad, dem Vater des gegenwärtigen syrischen Präsidenten. Der Gegensatz zur gegenwärtigen Lage ist nicht unerheblich. Der Grund liegt darin, dass 1982 die Weltlage noch beherrscht wurde durch die Rivalitäten zwischen den beiden großen imperialistischen Blöcken. Trotz des Sturzes des Schahs von Persien und seine Ersetzung durch das Regime der Ajatollahs Anfang 1979 und der russischen Invasion in Afghanistan ein Jahr später wurde damals die US-Vorherrschaft in der Region noch nicht durch die anderen imperialistischen Mächte herausgefordert und die USA waren damals noch in der Lage, eine relative Stabilität zu garantieren.

Seitdem hat sich die Lage geändert: Der Zusammenbruch der Blöcke und

die Schwächung der US-"Führerschaft" haben den imperialistischen Bestrebungen der Regionalmächte wie Iran, Türkei, Ägypten, Syrien, Israel usw. freien Lauf gelassen. Die Zuspitzung der Wirtschaftskrise treibt die Bevölkerung in die Armut und verstärkt das Gefühl der Verzweiflung und der Revolte gegenüber den Machthabern. Während heute kein Kontinent der Zuspitzung der inter-imperialistischen Spannungen ausweichen kann, bündeln sich die Gefahren im Nahen und Mittleren Osten mit am gefährlichsten. Im Mittelpunkt der Spannungen steht gegenwärtig Syrien, nachdem zuvor monatelang gegen Arbeitslosigkeit und Armut von allen Ausgebeuteten protestiert worden war. Daran beteiligten sich gemeinsam Drusen, Sunniten, Christen, Kurden, Männer, Frauen, Kinder, denn sie alle hoffen auf ein besseres Leben. Aber die Lage ist schnell umgeschlagen. Die Sozialproteste wurden schnell auf ein verhängnisvolles Terrain gedrängt, so dass die ursprüngli-

Fortsetzung auf S. 3

Inhalt

- n Massive Mobilisierungen der ArbeiterInnen : Die Gewerkschaften errichten Hürden S. 2
- n Chris Knight: Marxismus und Wissenschaft S. 4
- n V. Riga - Arme Irre - Vom Klassencharakter des psychischen Elends S. 6
- n Grüße an die neuen IKS-Sektionen in Peru und Ecuador S. 7
- n Die Piraten - "Freibeuter" des bürgerlichen Parlamentarismus S. 8

Schluss von S. 1 Editorial

von den anderen "Verbrauchern" (Familienvätern, Eltern von Kranken, usw.), denen sich die Arbeitslosen und Jugendlichen anschlossen. Die Kämpfe drehen sich meist um konkrete Forderungen und die gewerkschaftlichen Fesseln sind deutlich zu spüren.

Auf den ersten Blick hat man den Eindruck, die Kämpfe "unterscheiden" sich, ja stünden im "Gegensatz" zu den früheren Kämpfen, das wollen uns jedenfalls die Medien eintrichtern. Die vorherigen Kämpfe seien "radikal" und "politisch" gewesen, getragen von "Idealisten, die nichts zu verlieren haben"; die jetzigen Kämpfe dagegen seien von Familienvätern getragen, die gewerkschaftlich ausgerichtet seien und ihre "erworbenen Privilegien" nicht verlieren möchten.

Solche Unterscheidungen zwischen den "beiden Arten von Kämpfen", die ihre tiefgreifenden gemeinsamen gesellschaftlichen Wurzeln vertuschen sollen, dienen dem politischen Ziel der Spaltung und der Gegenüberstellung von zwei Reaktionsformen der Arbeiterklasse, die das Ergebnis der Reifung ihres Bewusstseins sind und den Beginn einer Reaktion auf die Krise zum Ausdruck bringen, und die mit der Perspektive von gemeinsamen, massiven Kämpfen zusammengeführt werden müssen. Es handelt sich in Wirklichkeit um zwei Stücke des gleichen Puzzles, die zusammengefügt werden müssen.

Dies wird nicht einfach sein. Der Kampf mit einer aktiveren und bewussteren Rolle der Beschäftigten, insbesondere in den Bereichen, wo die Arbeiterklasse am stärksten entwickelt ist, ist immer dringender geboten. Ein nüchterner, klarer Blick auf all die Schwächen, von denen gegenwärtig die Arbeiterklasse geprägt wird, ist nötig.

Die Mystifikationen

Eine Mystifikation, die besonders in Griechenland zu spüren ist, ist der Nationalismus. Dort wird die Wut über die unerträgliche Sparpolitik "gegen das deutsche Volk" kanalisiert, dessen angeblich "üppiges" Leben [6] für die schlimme Lage des "griechischen Volkes" verantwortlich sei. Diese Form des Nationalismus zielt darauf ab, "Lösungen" für die Krise vorzuschlagen, die sich auf die "Wiederherstellung der nationalen ökonomischen Souveränität" stützen, eine ziemlich autarke Sichtweise, die von den Stalinisten und Neofaschisten verbreitet wird. [7]

Die scheinbare Rivalität zwischen Rechts und Links ist eine andere Mystifikation, mit der der Staat die Arbeiterklasse zu schwächen versucht. Insbesondere in Italien und in Spanien ist dies ersichtlich. In Italien hat der Rücktritt Berlusconi, eine besonders widerwärtige Gestalt, es der Linken ermöglicht, eine "künstliche Euphorie" zu schaffen: "Wir sind endlich befreit". Dies hat zur Zerstreuung der Arbeiterkämpfe beigetragen, die zu Beginn der Sparmaßnahmen der "technischen" Regierung um Monti ausbrachen. [8] In Spanien hat das autoritäre und brutale, repressive Vorgehen, mit der sich gewöhnlich die Rechte hervortut, den Gewerkschaften und den linken Parteien ermöglicht, die Verantwortung der Angriffe auf die "Bosheit" und die "Bestechlichkeit" der Rechten zurückzuführen und die Unzufriedenheit auf die "Verteidigung des demokratischen Sozialstaats" abzulenken. Insofern wirken die Verschleierungen der traditionellen Kontrollkräfte der Arbeiterklasse - die Gewerkschaften und die Linksparteien - und die jüngst von den Herrschenden eingesetzten Mittel, um der Bewegung der Empörten entgegenzutreten, insbesondere DRY (Democracia Real Ya) zusammen gegen die Arbeiterklasse. Wie wir früher schon schrieben: "Die Strategie DRYs, im Dienste des demokratischen Staats der Bourgeoisie, besteht darin, für eine Bürgerbewegung der demokratischen Reformen einzutreten, um zu verhindern, dass eine gesellschaftliche Bewegung der Kämpfe gegen den demokratischen, kapitalistischen Staat entsteht" [9].

Die gewerkschaftlichen Hürden

2011 war die herrschende Klasse in Spanien durch die Bewegung der Empörten überrascht worden, welcher es paradoxerweise gelang, ziemlich frei die klassischen Methoden des Arbeiterkampfes zu entfalten: Massenversammlungen, nicht-kontrollierte Versammlungen, Debatten mit großer Beteiligung usw. ([10]). Eine Bedingung für deren Zustandekommen war, dass man nicht auf der Grundlage von Betrieben, sondern auf den Straßen und Plätzen zusammenkam, und dass die Jugend und die prekär Beschäftigten, die deren treibende Kraft waren, zutiefst misstrauisch gegenüber den "anerkannten" Institutionen wie den Gewerkschaften waren.

Heute stehen überall Sparprogramme auf der Tagesordnung, insbesondere in Europa, welche alle die Unzufriedenheit und eine wachsende Kampfbereitschaft auslösen. Die herrschende Klasse will nicht wieder überrascht werden, deshalb "begleitet" sie die Angriffe mit einer Reihe von politischen Maßnahmen, die das Aufkommen eines selbst-organisierten, vereinigten und massiven Kampfes der Beschäftigten erschweren. Die Herrschenden wollen verhindern, dass die 2011 aufgetauchten Tendenzen weiter Auftrieb erhalten, und dass man über die bisherige Stufe hinausgeht.

Die Gewerkschaften sind die Speerspitze dieser Sabotagetaktik. Ihre Rolle besteht darin, das Terrain zu besetzen und Mobilisierungen vorzuschlagen, die in Wirklichkeit ein Labyrinth darstellen, wo sich alle Initiativen, die Bemühungen der Selbstorganisation, die wachsende Kampfbereitschaft usw. verlaufen und die Bewegung gespalten wird.

Dies wird sehr deutlich bei einer der bevorzugten Waffen der Gewerkschaften: dem Generalstreik. Wenn dieser von Gewerkschaften organisiert wird, sind das nur Ein-Tag-Aktionen, ohne Fortsetzung, bei denen oft viele Arbeiter zusammenkommen, es den Arbeitern aber unmöglich gemacht wird, ihren Kampf selbst in die Hand zu nehmen, um den Streik zu einem wirksamen Instrument gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu machen. In den letzten drei Jahren wurden in Griechenland allein 16 Generalstreiks ausgerufen. In Portugal drei, ein neuer steht in Italien an, ein auf das Erziehungswesen begrenzter Generalstreik wurde für Großbritannien angekündigt. Wir haben den Streik in Indien im Februar schon erwähnt, in Spanien wurde ein weiterer für den 29. März angesetzt, nachdem der letzte im September 2010 stattfand.

Die Vielzahl von gewerkschaftlich ausgerufenen Generalstreiks ist sicherlich ein Hinweis auf den von den Beschäftigten ausgehenden Druck, deren Wut und zunehmende Kampfbereitschaft. Dennoch ist der Generalstreik kein Schritt vorwärts, sondern nur ein Mittel, um Druck abzulassen gegenüber der wachsenden Unzufriedenheit [11].

Im Kommunistischen Manifest wird hervorgehoben, dass "Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter." [Marx/Engels: Manifest der kommunistischen Partei. Marx/Engels: Ausgewählte Werke, S. 2633, (vgl. MEW Bd. 4, S. 471)] Die Haupterrungenschaft eines Streiks liegt in der Einheit, dem Bewusstsein, der Fähigkeit zur Initiative und Selbstorganisation, der Solidarität, den Verbindungen, die in einem Kampf hergestellt werden können.

Gerade diese Errungenschaften werden durch die Aufrufe zum Generalstreik und den anderen Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes geschwächt und deformiert. Die Gewerkschaftsführer kündigen den Generalstreik an und mit großem Media-Hype werden lauthals Erklärungen verlesen, in denen viel von "Einheit" die Rede ist, aber vor Ort, an den Arbeitsplätzen, in den Betrieben wird die "Vorbereitung" des Generalstreiks zu einem gewaltigen Ablenkungs- und Spaltungsmanöver, bei dem die Betroffenen aneinandergeraten und geschwächt werden.

Die Beteiligung am Generalstreik wird als eine "persönliche Entscheidung" eines jeden Beschäftigten dar-

gestellt. In vielen Betrieben befragen viele Manager die Beschäftigten, ob sie sich beteiligen werden. Dadurch können sie erpresst und eingeschüchtert werden. Das ist die Wirklichkeit hinter dem Streikrecht und den "Rechten der Bürger".

Dieses Manöver bringt genau die lügnerische, herrschende Ideologie zum Ausdruck, der zufolge jedes Individuums selbständig und unabhängig und "nur seinem Gewissen verpflichtet" ist. Die Frage der Beteiligung am Streik wäre eines der vielen Dilemmas im Leben, gegenüber dem wir nur einzeln, jeder für sich reagieren können: Darf ich diese Arbeit annehmen? Darf ich solch eine Gelegenheit ausnutzen? Darf ich solch ein Produkt kaufen? Wen wähle ich? Soll ich mich am Streik beteiligen? In Anbetracht all dieser Dilemmas wird das Gefühl der Vereinzelung, Atomisierung, Entfremdung nur noch größer. Dahinter steckt die Welt der Konkurrenz, der Ausrichtung des jeder gegen jeden, jeder für sich, d.h. das ureigene Wesen dieser Gesellschaft.

An den Tagen vor dem Generalstreik nehmen die Auseinandersetzungen und Spannungen unter den Beschäftigten immer mehr zu. Jeder steht vor der Angst einjagenden Frage: Werde ich mich am Streik beteiligen, obwohl ich weiß, dass er nichts bringen wird? Werde ich meine streikenden KollegInnen im Stich lassen? Kann ich mir den Luxus leisten, einen Tag Lohn wegen der Streikbeteiligung zu verlieren? Kann ich es riskieren, meinen Job zu verlieren? Jeder fühlt sich aufgerieben zwischen diesen beiden Fronten: auf der einen Seite die Gewerkschafter, die bei denen, die sich nicht beteiligen, Schuldgefühle auslösen wollen, und auf der anderen Seite die Chefs, die alle möglichen Drohungen vom Stapel lassen. Es ist ein wahrer Alptraum an Zusammenstößen, Spaltungen und Spannungen unter den Beschäftigten, der zudem noch verschärft wird durch die Frage der Aufrechterhaltung eines "Notdienstes" bzw. [12]).

Die kapitalistische Gesellschaft funktioniert nach dem Prinzip der Anhäufung von unendlich vielen "freien, individuellen Entscheidungen". In Wirklichkeit ist keine dieser Entscheidungen "frei", sondern man ist abhängig, gefangen in einem komplexen Netz entfremdender Beziehungen: der Infrastruktur der Produktionsverhältnisse, den Warenbeziehungen, der Lohnarbeit, und einem juristischen, militärischen, ideologischen, religiösen, politischen, polizeilichen Fangnetz.

Marx meinte, "daß der wirkliche geistige Reichtum des Individuums ganz von dem Reichtum seiner wirklichen Beziehungen abhängt, ist nach dem Obigen klar." [Marx/Engels: Die deutsche Ideologie. Marx/Engels: Ausgewählte Werke, S. 1306, (vgl. MEW Bd. 3, S. 37)] [13].

Wobei letztere der Stützpfiler des Arbeiterkampfes und der gewerkschaftlichen Kraft sind, die einzig in der Lage ist, den Kapitalismus zu überwinden, während die Aufrufe der Gewerkschaften die sozialen Bindungen untergraben und die Beschäftigten einsperren hinter die Mauern der Betriebe, der Branchen, sie isolieren, und damit die Bedingungen für kollektive, bewusste Entscheidungen vereiteln.

Die Fähigkeit der Beschäftigten, gemeinsam über die Vor- und Nachteile einer Aktion zu diskutieren, gibt ihnen Stärke und Kraft, denn wenn sie über solche Fragen diskutieren und entscheiden, können sie auf die Argumente, Initiativen, Klärungen eingehen, Zweifel, konträre Meinungen, Vorbehalte usw. berücksichtigen. Und nur so können sie gemeinsam Entscheidungen treffen. Nur so können sie einen Kampf führen, in den die größtmögliche Zahl Beteiligter sich mit einbringt, Verantwortung übernimmt, Überzeugungen zum Ausdruck kommen können.

All das wird von den Gewerkschaften durch deren Praxis vereitelt, die darauf drängen, all die "Vorbehalte", die "Zurückhaltung" und "Zweifel" usw. fallenzulassen im Namen einer "notwendigen Kraft zur Blockierung der Produktion oder der Dienstleistungen", der sich alle beugen und anschließen müssten. Die Kraft der Arbeiterklasse stützt sich auf die zentrale Rolle, die sie in der Produktion ausübt, da sie fast die gesamten Reichtümer der Gesellschaft produziert, die aber von den Kapitali-

sten angeeignet werden. Deshalb können die Beschäftigten zwar potenziell die ganze Produktion blockieren und die Wirtschaft lahmlegen. Aber in Wirklichkeit wird diese Waffe der "sofortigen Blockierung" oft von den Gewerkschaften als ein Mittel eingesetzt, um die Beschäftigten von der vordringlichsten Notwendigkeit abzulenken, den Kampf in die eigenen Hände zu nehmen und ihn auszudehnen [14]. Im Zeitraum der Dekadenz des Kapitalismus, und mehr noch in den Zeiträumen der Krise wie heute, kommt es in der kapitalistischen Produktionsform aufgrund des chaotischen und widersprüchlichen Funktionierens dieser Gesellschaft immer wieder zu Stockungen der Produktion und der sozialen Dienstleistungen. Eine Blockade der Produktion - dazu noch beschränkt auf 24 Stunden - wird von den Kapitalisten sogar eher dazu ausgenutzt, um Lagerbestände abzubauen. Und was den Bereich der Dienstleistungen angeht, wie zum Beispiel Bildung, Gesundheitswesen oder das Transportwesen schlachtet der Staat solche "Blockaden" dazu aus, die "Verbraucher" und die Streikenden gegeneinander auszuspielen.

Der Kampf für einen gemeinsamen und massiven Kampf

Während der Bewegungen 2011 konnten die Ausgebeuteten ihre eigenen Initiativen entfalten und ihre tiefgreifenden Wünsche zum Ausdruck bringen, sich durch die klassischen Methoden des Arbeiterkampfes äußern, die schon in der russischen Revolution 1905 und 1917 sowie 1968 usw. zum Einsatz gekommen waren. Wenn nunmehr die Gewerkschaften versuchen, ihre Methoden durchzuboxen, sollen diese Regungen erstickt werden. Aber diese versuchen weiterhin, sich Bahn zu brechen. Gegen den Widerstand der Gewerkschaften sind Arbeiterinitiativen entstanden. Zum Beispiel in Spanien. Bei den Kundgebungen am 29. März in Barcelona, Castellón, Alicante, Valencia, Madrid trugen Streikende ihre eigenen Spruchbänder; sie bildeten ihre eigenen Streikposten, um den Sinn ihrer Mobilisierungen zu erklären. Sie forderten das Rederecht auf den gewerkschaftlich organisierten Kundgebungen, sogar alternative Versammlungen wurden abgehalten... Es ist sehr aufschlussreich, dass diese Initiativen die gleiche Stoßrichtung haben wie diejenigen, die 2010 beim Kampf gegen die "Rentenreform" in Frankreich zutage traten. [15]

Um den wirklichen Arbeiterkampf voranzubringen, müssen wir uns diesem schwierigen Kampf stellen. Obwohl man den Eindruck haben kann, man könne dem Würgegriff der Gewerkschaften nicht entkommen, reifen die Bedingungen heran, dass dieser Würgegriff immer schwächer wird; die Fähigkeit der Arbeiterklasse sich selbst zu organisieren, wächst.

Die Krise, die vor fünf Jahren in eine neue Stufe eingetreten ist, und jetzt neue Erschütterungen verursacht, zerstreut langsam die Illusionen über ein mögliches "Ende des Tunnels". Im Gegenteil - die Sorgen und Angst vor der Zukunft werden immer größer. Der wachsende Bankrott dieser Gesellschaft mit all seinen Folgen für die menschlichen Beziehungen, für unsere Kultur, unser Denken usw. wird immer deutlicher. Während in der Zeit, als die Krise noch nicht diese Schärfe angenommen hatte, viele Beschäftigten meinten, trotz des oft großen Leidens, das durch die Ausbeutung verursacht wird, vieles werde so weitergehen wie bisher, erscheint dies heute immer mehr als eine Illusion. Heute ist diese Dynamik auf der ganzen Welt ersichtlich.

Die schon 2011 mit der Bewegung der Empörten und Occuyper [16]) deutlich gewordene Tendenz, massiv in den Straßen und auf den Plätzen zusammenzukommen, ist ein anderer wichtiger Hebel der Bewegung. Im Alltagsleben des Kapitalismus ist die Straße ein Ort der Entfremdung: Staus, atomisierte Menschenmassen, die als Käufer, Verkäufer, Fußgänger usw. auftreten. Wenn die Massen die Straße erobern, um sie zu einem anderen Zweck einzusetzen - als Ort der Versammlung, Diskussionen mit Massenbeteiligung, Kundgebungen usw. - können

diese zu einem Raum der Befreiung werden. Dadurch wird es der Arbeiterklasse möglich zu erkennen, welche gesellschaftliche Kraft sie darstellt, wenn sie lernt, gemeinsam und eigenständig zu handeln. Dies sind wichtige Keime für die Zukunft, in der eine "direktes Regieren durch die Massen" möglich sein wird, bei dem diese sie selbst erziehen und von all den Fesseln befreien, welche die kapitalistische Gesellschaft ihnen angelegt hat. Nur so können sie die Stärke entwickeln, um die kapitalistische Herrschaft zu brechen und eine andere Gesellschaft zu errichten.

Eine andere, zukunftsweisende Kraft besteht in dem Zusammenkommen verschiedener Generationen von ArbeiterInnen im Kampf. Dieses Phänomen konnte man schon in den Kämpfen gegen den CPE in Frankreich im Jahre 2006 feststellen [17] oder bei den Revolten der Jugend in Griechenland 2008 [18]). Die Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln aller Arbeitergenerationen ist eine unabdingbare Vorbedingung für den erfolgreichen Ausgang eines revolutionären Kampfes. In der Russischen Revolution 1917 bündelten in der Bewegung die Proletarier aller Altersgruppen, Kinder, auf den Schultern ihrer Brüder oder Väter, bis hin zu den Alten, ihre Kräfte zusammen.

Es geht hier um die Reifung einer Reihe von Faktoren, die ihre Kraft nicht sofort und leicht entfalten werden. Harte Kämpfe stehen uns bevor, in denen die revolutionären Organisationen mit Ausdauer und Beharrungsvermögen intervenieren müssen. Dabei wird es zu Niederlagen kommen, die oft bitter sein werden; schwierige Phasen werden auftreten, in denen Verwirrung und vorübergehende Lähmung vorherrschen. Aber all dies wird erforderlich sein, damit diese Macht voll zum Tragen kommen wird. Die Waffe der Kritik, die die Fehler und Unzulänglichkeiten ohne Scheu kritisiert, wird unerlässlich sein, um voranzukommen.

"Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eignen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausamgründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eignen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: Hic Rhodus, hic salta! Hier ist die Rose, hier tanze! [Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Marx/Engels: Ausgewählte Werke, S. 11632, (vgl. MEW Bd. 8, S. 118)]

C.Mir (27-3-12)

[1] Cf. siehe auf spanisch: Por un movimiento unitario contra recortes y reforma laboral (voir <http://es.internationalism.org/node/3323>); Ante la escalada represiva en Valencia (voir <http://es.internationalism.org/node/3324>).

[2] Cf. "L'hôpital de Kilikis en Grèce sous le contrôle des travailleurs", http://fr.internationalism.org/iconline/2012/grece_1_hospital_de_kilikis_sous_le_control_des_travailleurs.html

[3] Cf. Auf spanisch Nuestra intervención en las movilizaciones del magisterio en México <http://es.internationalism.org/ccionline-marzo2012panfleto>

[4] Cf. Auf italienisch <http://it.internationalism.org/node/1147>

[5] Cf. Generalstreik in Indien siehe unsere Webseite auf deutsch,

[6] Absichtlich werden die sieben Millionen "Minijobs" (400-Euro-Jobs) in Deutschland nicht erwähnt.

[7] Eine Minderheit von Beschäftigten in Griechenland wird sich dieser Gefahr bewusst. So haben die Beschäftigten des Krankenhauses von Kilikis einen Aufruf zur internationalen Solidarität verfasst, ebenso die Studenten und Lehrenden des besetzten Jura-Fachbereiches der Uni Athen.

[8] Der nicht einmal auf das Wahlspektakel zurückgreifen musste.

[9] Siehe unseren Artikel "Le mouvement citoyen "Democracia Real Ya!": une dictature sur les assemblées massives", <http://fr.internationalism.org/node/1147>

Schluss von S. 1

Massaker in Syrien, iranische Krise...

chen Forderungen alle begraben und die Bewegung vereinnahmt wurde. In Syrien ist die Arbeiterklasse sehr schwach, die imperialistischen Appetite sind sehr stark; deshalb war in Anbetracht des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses und dem Niveau der Arbeiterkämpfe diese Perspektive nahezu unvermeidbar.

Innerhalb der syrischen Bourgeoisie haben sich alle wie Geier auf die revoltierende und verzweifelte Bevölkerung gestürzt. Für die herrschende Regierung und die Bachir Al-Assad unterstützende Armee geht es darum, die Macht mit allen Mitteln zu erhalten. Und die Opposition, deren verschiedene Flügel bereit sind sich gegenseitig umzubringen und die nur über die Notwendigkeit einig sind, Bachir Al-Assad zu stürzen, versucht die Macht an sich zu reißen. Vor kurzem gab es Versammlungen dieser Opposition in Paris und London. Niemand wollte die Zusammensetzung dieser Opposition näher aufschlüsseln. Wofür stehen der syrische Nationalrat oder das Nationale Koordinationskomitee oder die Freie syrische Armee? Welche Macht haben die Kurden, die Muslimbrüder oder die salafistischen Jihadisten in ihren Reihen? Es handelt sich um einen Haufen zusammengewürfelter bürgerlicher Cliquen, von denen jede mit den anderen rivalisiert. Einer der Gründe, weshalb das Regime Assads noch nicht gestürzt ist, besteht darin, dass Assad die Machtkämpfe innerhalb der syrischen Gesellschaft zu seinen Gunsten ausnutzen konnte. So reagieren die Christen ablehnend gegenüber dem Machtzuwachs der Islamisten und befürchten das gleiche Schicksal zu erleiden wie die Kopten in Ägypten. Ein Teil der Kurden versucht mit dem Regime zu verhandeln. Die Regierung selbst wird noch teilweise von der religiösen Minderheit der Alawiten unterstützt, welcher die Präsidentenclique angehört. Jedenfalls könnte der Nationalrat militärisch und politisch nicht wirklich bestehen, wenn er nicht von ausländischen Kräften unterstützt würde, wobei jeder auf seine eigenen Vorteile erpicht ist. Dazu gehören die Arabische Liga, Saudi-Arabien an führender Stelle, die Türkei, aber ebenso Frankreich, Großbritannien, Israel und die USA.

All diese imperialistischen Haie nehmen das unmenschliche Verhalten des Regimes als Vorwand zur Kriegsvorbereitung in Syrien. Die russische Medienstimme "Voice of Russia", welche wiederum das öffentliche Fernsehen des Irans Press TV zitierte, brachte Informationen in Umlauf, denen zufolge die Türkei sich mit US-Hilfe anschickte, Syrien anzugreifen. Zu diesem Zweck habe die Türkei Truppen und Material an der syrischen Grenze zusammengezogen. Seitdem wurde diese Information von allen westlichen Medien aufgegriffen. In Syrien wurden in Russland produzierte Boden-Boden-Raketen in der Region von Kamechi und Deir ez-Zor entlang der irakischen Grenze installiert. Und das Regime Al-Assads wird selbst wiederum von ausländischen Mächten unterstützt, insbesondere von China, Russland und Iran.

Dieser Machtkampf zwischen den stärksten imperialistischen Geiern der Erde um Syrien wird ebenso in der Räuberversammlung namens UNO ausgetragen. In der UNO hatten Russland und China schon zweimal ihr Veto gegenüber Resolutionsprojekten gegen Syrien eingelegt. Das letzte Resolutionsprojekt unterstützte zum Beispiel den Vorschlag der Arabischen Liga, der die Absetzung Bachir Al-Assads vorsah. Nach tagelangen schmutzigen Verhandlungen ist die Heuchelei aller Beteiligten noch einmal offen zutage getreten. Der UN-Sicherheitsrat hat mit russischer und chinesischer Zustimmung am 21. März eine Erklärung verabschiedet, in welcher die Beendigung der Gewalt gefordert wird, weil ein berühmter Sondergesandter der UNO, Kofi Annan, im Land eintraf. Natürlich war diese Erklärung in keiner Weise bindend. Das bedeutet, nur diejenigen sind verpflichtet, die sich zu irgendetwas verpflichtet fühlen. All das ist ein schmutziges Manöver.

Wir stehen somit vor einer anderen Frage. Wie ist es möglich, dass bislang noch keine in diesem Konflikt involvierte ausländische imperialistische Macht direkt eingegriffen hat - natürlich zugunsten ihrer eigenen nationalen Interessen - wie zum Beispiel vor einigen Monaten in Libyen?

Hauptsächlich weil die Flügel der syrischen Bourgeoisie, die sich gegenüber Bachir Al-Assad in Opposition befinden, dies offiziell nicht wollen. Sie wenden sich gegen eine massive militärische ausländische Intervention, und sie haben das lautstark verkündet. Jeder dieser Flügel hat sicherlich verständlicherweise Angst davor, in diesem Fall von der Machtbeteiligung ausgeschlossen zu werden. Aber dies schließt nicht aus, dass die Gefahr des totalen imperialistischen Krieges, die an den Grenzen Syriens lauert, gebannt werden kann. Der Krieg kann dort weiterhin Einzug halten, auch wenn der Schlüssel für die weitere Entwicklung der Lage woanders liegt.

Man muss sich die Frage stellen, warum dieses Land heute die imperialistischen Appetite so auf sich zieht. Die Antwort liegt woanders - im Osten Syriens - im Iran.

Der Iran im Zentrum der weltweiten imperialistischen Spannungen

Am 7. Februar 2012 erklärte die New York Times: "Syrien war der Anfang des Krieges mit dem Iran." Ein Krieg, der zwar noch nicht direkt ausgelöst wurde, der im Schatten des Konfliktes in Syrien weiter schwelt. Das Regime Bachir Al-Assads ist der Hauptverbündete Teherans in der Region, und Syrien ist für den Iran ein strategischer Dreh- und Angelpunkt. Die Allianz mit Syrien ermöglicht Teheran einen direkten Zugang zum strategisch wichtigen Mittelmeerraum und gegenüber Israel zu erlangen, mit der Möglichkeit einer direkten militärischen Auseinandersetzung mit Israel. Aber diese Kriegsgefahr, die sich eher verdeckt entwickelt, hat ihre tieferliegenden Wurzeln in dem Machtkampf, der im Mittleren Osten stattfindet, wo erneut alle kriegerischen Spannungen, die in dem verfallenden System stecken, aufbrechen.

Dieser Teil der Welt ist ein großes Drehkreuz an dem Berührungspunkt zwischen Ost und West. Europa und Asien stoßen in Istanbul aufeinander. Russland und Europa werden durch das Mittelmeer vom afrikanischen Kontinent und den Weltmeeren ge-

trennt. Und während die Weltwirtschaft immer mehr erschüttert wird, wird das schwarze Gold zu einer herausragenden wirtschaftlichen und militärischen Waffe. Jeder muss versuchen, die Transportwege des Öls zu kontrollieren. Ohne Öl kämen alle Fabriken zum Stillstand, kein Jagdflugzeug könnte vom Boden abheben. Diese Tatsachen erklären, weshalb alle Imperialismen im Machtkampf in dieser Region mitmischen. Aber all diese Betrachtungen sind nicht die wichtigsten Faktoren, welche diese Region in den Krieg treiben.

Seit mehreren Jahren standen die USA, GB, Israel und Saudi-Arabien an der Spitze einer gegen den Iran gerichteten ideologischen Kampagne. Diese Kampagne ist in der jüngsten Zeit noch einmal verstärkt worden. Der jüngste Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) hat verlautbaren lassen, dass der Iran möglicherweise militärische Absichten hinter seinem Atomprogramm verbirgt. Und ein mit Atomwaffen bewaffneter Iran ist aus der Sicht vieler imperialistischer Länder der Region unerträglich. Der Aufstieg des Irans als eine Atommacht, die sich überall in der Region durchsetzen könnte, ist für all diese imperialistischen Haie undenkbar. Zudem bleibt der israelisch-palästinensische Konflikt weiterhin ein Schmelbrand. Der Iran ist militärisch völlig umzingelt. Die US-Armee verfügt über Stützpunkte entlang all der Grenzen Irans. Im Persischen Golf treiben sich so viele Kriegsschiffe aller Größenordnungen herum, dass man - wenn man sie aneinanderreicht - den Golf nahezu trockenen Fußes überqueren könnte. Der israelische Staat erklärt unaufhörlich, dass er den Iran nie in den Besitz der Atombombe kommen lassen würde; israelischen Quellen zufolge würde der Iran spätestens innerhalb eines Jahres zu einer Atommacht werden. Diese in der ganzen Welt verbreitete Aussage ist angsteinregend, denn diese Konfrontation birgt viele Gefahren in sich. Der Iran ist nicht Irak und nicht Afghanistan. Es gibt mehr als 70 Millionen Einwohner mit einer "respektabel" ausgerüsteten Armee.

Große, katastrophale Auswirkungen

Auf wirtschaftlicher Ebene:

Aber der Einsatz von Atomwaffen durch den Iran ist nicht die einzige Gefahr und auch nicht das Wichtigste. In der jüngsten Zeit haben die politischen und religiösen Führer Irans behauptet, dass sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln reagieren würden, wenn ihr Land angegriffen würde. Tatsächlich verfügt der Iran über Waffen, deren Wirkung niemand richtig einschätzen kann. Wenn der Iran sich dazu entschließen würde, die Straße von Hormuz zu blockieren, selbst wenn er dabei eigene Boote versenken müsste, würde der Schiffsverkehr dort unterbrochen. Das hätte weltweit katastrophale Auswirkungen. Ein beträchtlicher Anteil der Weltölförderung würde nicht mehr die Abnehmer erreichen. Die jetzt schon offenen ausgebrochene Weltwirtschaftskrise würde dann noch einmal neue Ausmaße erreichen. Die Schäden wären in Anbetracht einer jetzt schon kranken Wirtschaft noch einmal beträchtlich.

Ökologisch

Die ökologischen Konsequenzen könnten unumkehrbar sein. Ein Angriff auf iranische Atomanlagen, die unter Tausenden Tonnen von Beton und Kubikmetern Erde geschützt liegen, würde einen taktischen Luftschlag mit gezielten Atomwaffeneinsätzen erforderlich machen. Dies ist jedenfalls die Meinung von Militärspezialisten aus allen imperialistischen Staaten. Wenn es dazu käme, was würde aus der gesamten Region des Mittleren Osten werden? Welche Auswirkungen könnte man auf die Bevölkerung und das Ökosystem weltweit erwarten? All das sind keine Überlegungen eines völlig verrückt gewordenen Wahnsinnigen. Das ist auch nicht irgendein Szenario eines neuen Horrorfilms. Dieser Angriffsplan ist ein integraler Bestandteil der Strategie, welche der israelische Staat sich ausgedacht und geplant hat - unter Beteiligung der USA,

die sich aber bislang noch zurückhalten verhalten. Der israelische Generalstab plant jedenfalls im Falle eines Scheiterns eines klassischen israelischen Luftangriffs den Übergang zu solch einer höheren Stufe der Zerstörung. Der Wahnsinn breitet sich immer mehr aus in diesem niedrigeren System.

Humanitär

Seit der Auslösung der Kriege im Irak, Afghanistan, Libyen während der letzten Jahre hat ein immer größeres Chaos in diesen Ländern Einzug gehalten. Der Krieg hat sich festgefressen. Jeden Tag gibt es neue, immer mörderischere Anschläge. Die Bevölkerung kämpft jeden Tag zweifelt um ihr Überleben. (...) Und falls es zu einem Krieg im Iran käme, wäre die menschliche Katastrophe noch unvorstellbarer. Die Bevölkerungsdichte, die eingesetzten Zerstörungsmittel lassen das Schlimmste befürchten. Und so lautet das Szenario - Krieg mit all seinen Zerstörungen im Iran, ein im Chaos versinkender Mittlerer Osten. Keiner der zivilen oder militärischen Staatsführer, die alle zu Massenmorden fähig sind, kann sagen, wo der Krieg im Iran aufhören würde. Was würde in der arabischen Bevölkerung der Region passieren? Wie würden die Schiiten reagieren? Diese Vorstellung ist einfach katastrophal für die Menschen.

Gespaltene bürgerliche Cliquen, imperialistische Bündnisse am Rande einer großen Krise

Auch nur an einen kleinen Teil der Folgen zu denken, jagt schon den Teilen der Herrschenden Angst ein, die noch ein wenig klarer sehen. Die kuwaitische Zeitung Al-Jarida ließ eine Information durchsickern, welche die israelischen Geheimdienste in Umlauf bringen wollten. Ihr letzter Chef, Meir Dagan, meinte nämlich, dass "die Perspektive eines Angriffs gegen den Iran die dümmste Idee sei, die er jemals gehört habe". Diese Auffassung vertritt wohl auch ein anderer Flügel der Geheimdienste, der israelische Auslandsgeheimdienst - Shin Bet.

Es ist allseits bekannt, dass ein ganzer Teil des israelischen Generalstabs diesen Krieg nicht möchte. Aber ebenso bekannt ist, dass ein Teil der politischen Klasse Israels, die sich um Netanjahu schart, dessen Auslösung zu einem für Israel günstigen Zeitpunkt anstrebt. In Israel schwellt eine politische Krise in Anbetracht der einzuschlagenden Ausrichtung der imperialistischen Politik. Im Iran prallt der religiöse Führer Ali Chamenei ebenso wegen dieser Frage mit dem Präsidenten des Landes, Mahmud Ahmadinejad zusammen. Aber am spektakulärsten erscheint der Machtkampf zwischen den USA und Israel wegen dieser Frage. Gegenwärtig möchte die US-Administration keinen offenen Krieg mit dem Iran. Tatsächlich ist die Erfahrung der USA im Irak und in Afghanistan keine Ermunterung, und die Obama-Administration hat bislang immer heftigere Sanktionen befürwortet. Der Druck der USA auf Israel, dass das Land sich geduldi verhält, ist gewaltig. Aber die historische Schwächung der US-Führungsrolle ist eben auch bei seinem traditionellen Verbündeten im Nahen und Mittleren Osten zu spüren. Denn Israel behauptet lautstark, es werde den Besitz von Atomwaffen in den Händen des Irans nicht zulassen, was immer seine ihm am stärksten verbündeten Alliierten auch meinen. Der Druck der USA auf Israel ist nicht mehr so wirkungsvoll; sogar Israel fordert jetzt die Autorität der USA offen heraus. Aus der Sicht einiger bürgerlicher Kommentatoren könnte es sich um erste Bruchstellen des Bündnisses zwischen den USA und Israel handeln, das bislang als unzerbrechlich galt.

Die Haupttriebkraft in der unmittelbaren Nachbarschaft ist die Türkei, die über die größte Zahl Soldaten im Nahen Osten verfügt (mehr als 600.000). Während das Land zuvor ein unzerstörlicher Verbündeter der USA und einer der seltenen Freunde Israels war, ist die türkische Bourgeoisie mit dem Aufstieg des Erdogan-

Schluss auf S. 5

Schluss von S. 8

Piraten...

Leben, was nirgendwo sichtbarer wird als in der Tatsache, dass es ihnen wie keiner anderen im Bundestag vertretenen Partei gelingt, bisherige Nichtwähler für die Wahlen zu mobilisieren. Sie sind die reformistische Auflösung des Widerspruchs, in dem sich große Teile gerade der jungen Generation, ihre Hauptwähler, befinden: Einerseits mit einer gehörigen Portion Negativität gegenüber dem Überwachungsstaat ausgestattet, drückt sich in ihrem Sehnen nach einer "sauberen", "transparenten" Politik andererseits auch eine prinzipiell positive Erwartungshaltung gegenüber dem Parlament, eine umgebore-

chene Demokratiegläubigkeit ihrer jungen Wähler aus. Ihre Stimmen sind kein Votum für das Programm der "Piraten", das in seiner Dürftigkeit eh einem Nichts gleicht. Sie sind vielmehr ein Denkmahl für die etablierten Politiker, was in letzter Konsequenz ein - wenn auch negativer - Vertrauensbeweis gegenüber diesem Establishment darstellt.

Noch schwimmen die "Piraten" auf einer Welle des Erfolges. Der von den Medien erzeugte Hype um die "Piraten" hat sich verselbstständigt, so dass nicht mit ihrem baldigen Schiffbruch zu rechnen ist. Nichtsdestotrotz stellt sich bereits der erste Gegenwind ein. Eine erste Ahnung davon bekamen die "Piraten", als in den Medien Informationen über rechtsradikale Umtriebe und den Hitlerfaschismus verharmlosende Äußerungen in ihren Reihen durchsickerten. Das Wohlwollen, das ihnen auch deswegen von der Öffentlichkeit entgegengebracht wurde, weil sie eben keinen rechts durchwirkten Populismus repräsentieren (was für die deutsche Außenpolitik unvorteilhaft wäre), drohte umzuschlagen. Doch dies war lediglich ein Warnschuss vor dem Bug der "Piraten"; es gelang ihnen, die aufbrandenden Wogen durch entsprechende Klarstellungen wieder zu beruhigen. Komplizierter gestalten sich dagegen die immer heftigeren Auseinandersetzungen rund um die Frage der Urheberrechte. Hier sind es vor allem linksbürgerliche Intellektuelle, Autoren, Musiker und andere Beschäftigte aus dem Kulturbetrieb, die Front gegen die "Piraten" machen. Eine Aussöhnung zwischen dem Interesse der "Piraten"-typischen Klientel an kostenlosen

Downloads und dem Interesse der Künstler an Vergütung ihrer Leistungen ist nicht in Sicht.

Die größte Klippe wartet auf die "Piraten" allerdings noch, der Schritt von der reinen Protestpartei zu einem festen Bestandteil im politischen Leben der Bourgeoisie. Dabei steht ihnen sozusagen ihr eigener Erfolg im Weg: Während die Grünen sich im parlamentarischen Alltagsleben schnell ihrer basisdemokratischen Folklore entledigt hatten, ohne dabei ihre Identität zu verlieren, und mit ihrer eigentlichen "Kernkompetenz", der ökologischen Frage, einen dauerhaften Platz im Parteienspektrum errangen, besteht das Hauptanliegen der "Piraten" in nichts Geringerem als der Durchsetzung der "wahren Demokratie" in Parlament und Politik. Das heißt, dass sie künftig daran gemessen werden, ob sie ihren hehren Anspruch der inner- wie außerparteilichen Demokratie, die sog. liquid democracy, erfüllen, ob ihnen in den zahlreichen parlamentarischen Ausschüssen der Spagat zwischen totaler Transparenz und der vorgegebenen Geheimhaltungspflicht gelingt. Die "Piraten" stecken in einem Dilemma: Gelingt ihnen nicht der Sprung von der Fundamentalopposition, so wird es ihnen so ergehen wie der "Linken", die, was kein Zufall ist, just zu dem Zeitpunkt in die Versenkung zu verschwinden droht, in dem die "Piraten" reüssieren. Vollziehen sie aber die Metamorphose zu einer "normalen" Partei, so verlieren sie alsbald ihren Reiz bei ihren Wählern und drohen ebenfalls zu einer Episode in der Geschichte des bürgerlichen Parlamentarismus zu werden. 18.5.2012

lism.org/iconline/2011/dossier_special_indignes/le_mouvement_citoyen%20_democracia_real%20_ya_une_dictature_sur_les_assemblees_massive.html.

[10] Die Herrschenden hatten der Bewegung aber nicht wirklich freie Hand gelassen, denn sie hatten selbst "neue", aber unerfahrene Kräfte wie DRY gegen sie eingesetzt. cf. "Le mouvement citoyen "Democracia Real Ya!": une dictature sur les assemblées massives".

[11] Wenn man der "Sorge" oder der "Wut" der großen Firmenchefs oder der Politiker Glauben schenken würde, dann würde der Generalstreik ihnen wirklich Sorgen bereiten und gar die Angst vor einer "Revolution" schüren. Aber die Geschichte hat zu Genüge bewiesen, dass all dies nur eine Komödie ist, was auch immer dieser oder jener Redner aus den Reihen der Herrschenden wirklich glaubt.

(Aus Platzgründen mussten wir die weiteren Fußnoten hier weglassen. Ihr findet sie auf unserer Webseite)

Chris Knight: Marxismus und Wissenschaft/1

Wir veröffentlichen an dieser Stelle einen Beitrag über das Verhältnis zwischen Marxismus und Wissenschaft, der uns von dem Anthropologen Chris Knight zugesandt wurde. Chris war zum 19. Kongress der IKS, der im Mai stattfand, eingeladen, um an der Debatte über dieses Thema teilzunehmen, mit dem sich die Organisation seit einiger Zeit beschäftigt. Diese Debatte spiegelt sich in Artikeln wider, die wir über Freud, Darwin und Chris' eigene Theorie über die Ursprünge der menschlichen Kultur veröffentlicht haben; gleichzeitig haben wir vor, einige interne Diskussionstexte zu veröffentlichen, die wir geschrieben haben, um die Debatte voran zu bringen. Wir werden auch Näheres über die Debatte auf dem Kongress veröffentlichen. Wir haben auf unserer englischen Webseite den Redebeitrag von Chris Knight als podcast zugänglich gemacht: <http://en.internationalism.org/podcast/20110925/chris-knight-origins-of-humanity>

Unser Ziel in dieser Debatte, die den früheren Diskussionen über Ethik, die menschliche Natur und den primitiven Kommunismus notwendigerweise folgte, ist nicht, eine einheitliche Auffassung über die Beziehung zwischen Marxismus und Wissenschaft zu erreichen oder uns auf eine bestimmte psychologische oder anthropologische Theorie festzulegen, die einem Punkt in unserer Plattform gleich käme. Auch besteht unser Interesse, wenn wir uns in Diskussionen mit Wissenschaftlern wie Chris Knight oder den Linguisten Jean-Louis Desalles engagieren, der auf unserem vorherigen Kongress gesprochen hatte, nicht darin, eine hochgradige Übereinstimmung mit ihnen in politischen Positionen, die unsere Organisation zu verteidigen da ist, anzustreben. Eher suchen wir eine Tradition der Arbeiterbewegung fortzusetzen, die sich durch ihre Offenheit gegenüber allen realen Entwicklungen der wissenschaftlichen Untersuchung auszeichnete, besonders wenn sie sich mit den Ursprüngen und der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft befasste. Das ist es im Wesentlichen, was Marx' und Engels' Begeisterung für die Theorien von Charles Darwin und L. H. Morgan, Trozki's Anerkennung der Bedeutung der Freudschen Theorien usw. begründete. Und trotz der Dekadenz des Kapitalismus und der äußerst negativen Auswirkungen, die sie auf die Fortentwicklung und den Nutzen der Wissenschaft gehabt hat, ist das wissenschaftliche Denken im letzten Jahrhundert keineswegs zu einem völligen Stillstand gekommen. Auf dem Kongress selbst wie auch in der allgemeinen Diskussion über Marxismus und Wissenschaft, an der er teilnahm, legte Chris knapp, aber pointiert die anthropologischen Theorien dar, die er in seinem Buch "Blood Relations" (Blutsverwandtschaft) und anderen Werken ausgearbeitet hat. Seine Präsentation auf dem Kongress und die anschließende Diskussion sind ein Beweis, dass fruchtbare wissenschaftliche Untersuchungen und das Nachdenken über die Ursprünge der Menschheit sowie über die Wirklichkeit des "ursprünglichen Kommunismus" bis heute natürlich nicht aufgehört haben zu existieren.

Der folgende Text befasst sich nicht direkt mit der Anthropologie, sondern mit der allgemeineren Beziehung zwischen dem Marxismus und der Wissenschaft. Er bietet einen Weg an, dem Verhältnis zwischen den beiden näher zu kommen; ein Weg, der grundlegend revolutionär ist und der den essenziellen Internationalismus wahrer Wissenschaft bekräftigt, die dialektische Art und Weise, in der sie sich vorwärts bewegt und ihre notwendige Gegnerschaft zu allen Formen der Ideologie. Wir laden unsere LeserInnen ein, Gebrauch zu machen vom Diskussionsforum auf unserer Webseite, um uns eure Sicht zu Chris Knights Text und zu seinen anthropologischen Theorien zu schicken. Chris hat gesagt, dass er bereit sei, an jeder Diskussion teilzunehmen,

die seine Beiträge auf dieser Seite anregen. IKS, Juni 2011

Chr. Knight: Marxismus und Wissenschaft

"Die Wissenschaft" ist laut Trotzki, "ist die Erkenntnis, die uns mit Macht ausstattet"[1] Die Naturwissenschaften, fuhr Trotzki fort, streben danach, die Gewalt über die Naturkräfte und -prozesse zu gewinnen. Die Astronomie machte die ersten Kalender, Voraussagen über Sonnenfinsternis und die genaue Navigation auf dem Meer möglich. Die Entwicklung der medizinischen Wissenschaft erlaubte eine wachsende Befreiung von Krankheiten und deren Bezwingung. Die Fortschritte in der modernen Physik, Chemie und den anderen Naturwissenschaften haben der Menschheit eine immense Macht gegeben, Naturkräfte aller Art für sich nutzbar zu machen, und sie haben die Welt, in der wir leben, völlig verändert.

Zumindest potenziell gehört die daraus resultierende Macht uns allen - der gesamten menschlichen Spezies. Wissenschaft ist Selbsterkenntnis und Macht der Menschheit in diesem Stadium unserer Entwicklung auf diesem Planeten - und nicht nur die politische Macht einer Gruppe von Menschen über andere. Für Trotzki, wie für Marx vor ihm, ist es der ihr inwohnende Internationalismus - die globale, die ganze Menschheit umfassende Natur der Macht, die sie darstellt -, der die Stärke der Wissenschaft ausmacht und der sie von den rein lokalen, nationalen, territorialen oder auf Gesellschaftsklassen beruhenden (d.h. religiösen, politischen und ähnlichen) Formen des Bewusstseins unterscheidet. Ideologien drücken nur die Macht bestimmter Teile der Gesellschaft aus, die Wissenschaft dagegen gehört der menschlichen Spezies als solcher.

An diesem Maßstab gemessen, sind die Gesellschaftswissenschaften immer ein Paradox gewesen: einerseits vorgeblich wissenschaftlich, andererseits von der Bourgeoisie in der Hoffnung finanziert, so ihre politische und gesellschaftliche Kontrolle zu stärken. Selbst die Entwicklung der Naturwissenschaften - obgleich immant international und wertvoll für die Menschheit - hat innerhalb eines begrenzten und begrenzenden gesellschaftlichen Kontexts stattgefunden. Sie ist stets zwischen zwei gegensätzlichen Forderungen hin und her gezerrt worden - zwischen den menschlichen Bedürfnissen einerseits und jenen von einzelnen Körperschaften, von Geschäftsinteressen und von herrschenden Eliten andererseits.

Partikularinteressen und die Interessen der Spezies - die Wissenschaft schwankte stets zwischen diesen beiden widersprüchlichen Interessenlagen. Zwischen beiden Extremen haben die mannigfaltigen Wissensformen ein Kontinuum gebildet. An dem einen Ende hat es Wissenschaften gegeben, die wenig mit Gesellschaftsfragen befasst sind - wie Mathematik, Astronomie und Physik zum Beispiel. Am anderen Ende hat es Bereiche wie Geschichte, Politik und die relativ junge Soziologie gegeben - Gebiete, deren gesellschaftliche Auswirkungen unmittelbar und direkt sind. Je direkter die gesellschaftlichen Auswirkungen einer Wissenschaftsdisziplin, desto direkter und unausweichlicher war der politische Druck auf sie gewesen. Und wo immer ein solcher Druck vorherrschte, war das Wissen entstellt und von seinem Kurs abgedrängt worden.

Gesellschaftliche Bedingungen und wissenschaftliche Objektivität

Ist der Marxismus eine Ideologie? Oder ist er eine Wissenschaft? In einem wüsten Angriff - geschrieben auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges - prangerte Karl Wittfogel, Autor von "Die orientalische Despotie", Marx als einen Ideologen an. Er räumte ein, dass Marx eine solche Beschreibung seiner Person entrüstet zurückgewiesen hätte und empört über den Mis-

sbrauch seines Werks durch Stalin und seiner Nachfolger gewesen wäre. Die sowjetische Obrigkeit, schrieb Wittfogel 1953, zitierte stets Lenins Konzept der Parteilichkeit (partinost), um die Wissenschaft "zurechtzubiegen" - bis hin zur Fälschung von Tatsachen -, so dass sie sich besser für den politischen Gebrauch eignet. Diese Vorstellung von "Nützlichkeit" oder Manipulation schien laut Wittfogel naturgemäß aus Marxens ursprünglicher Prämisse hervorzugehen, dass alles Wissen gesellschaftlich bedingt sei - produziert von den gesellschaftlichen Klassen, um sie ihren wirtschaftlichen und politischen Bedürfnissen anzupassen. Für die sowjetische Obrigkeit war die wissenschaftliche Wahrheit immer etwas, was es für politische Zwecke zu manipulieren galt.

Wittfogel fährt jedoch fort: "Marx hatte nicht diese Sicht. Er betonte nicht nur, dass ein Mitglied einer bestimmten Klasse für Ideen eintreten könnte, die nachteilig für seine Klasse wären - dies ist von Lenin und seine Nachfolgern bestritten worden -, sondern er forderte auch, dass ein echter Gelehrter sich nach den Interessen der Menschheit in ihrer Gesamtheit richten und die Wahrheit in Übereinstimmung mit den immanenten Erfordernissen der Wissenschaft suchen müsse, gleich wie sich das Schicksal einer besonderen Klasse, auf die Kapitalisten, Grundeigentümer oder Arbeiter auswirkt. Marx rühmte Ricardo dafür, dass er diese Haltung hatte, welche er nicht nur wissenschaftlich für redlich erklärte, sondern auch von der Wissenschaft einfordert. Aus demselben Grund verdammt Marx eine Person als gemein, die die wissenschaftliche Objektivität äußeren Zwecken unterordnet: ... ein Mensch, der versucht, die Wissenschaft einem Standpunkt anzupassen, der nicht seinem eigenen Interessen entstammt, wie irrig auch immer, sondern äußeren, fremden und irrelevanten Interessen, nenne ich gemein." Marx war völlig konsequent, wenn er die Ablehnung, die Wissenschaft den Interessen einer bestimmten Klasse anzupassen - die Arbeiter eingeschlossen -, „stoisch, objektiv und wissenschaftlich“ nannte. Und er war auch darin konsequent, wenn er ein gegensätzliches Verhalten als eine „Sünde wider der Wissenschaft“ brandmarkte.

Das sind starke Worte. Sie zeigen Marx entschlossen, die stolze Tradition aufrechtzuerhalten, die unabhängige Gelehrtheit zu allen Zeiten auszeichnete. Es stimmt, der Autor von „Das Kapital“ hielt sich nicht immer - und besonders in seinen politischen Schriften - an seine eigenen wissenschaftlichen Normen. Seine Haltung bleibt nichtsdestoweniger äußerst bedeutsam. Die Nachfolger des Lagers einer parteilichen Wissenschaft können kaum dafür beschuldigt werden, die Prinzipien der wissenschaftlichen Objektivität zu ignorieren, wozu sie sich nicht bekennen. Aber Marx, der diese Prinzipien ohne Einschränkung akzeptiert, darf legitimerweise kritisiert werden, sie verletzt zu haben." [2]

Karl Marx, schreibt Wittfogel, spielte zwei miteinander unvereinbare Rollen. Er war ein großer Wissenschaftler, aber er war auch ein politischer Revolutionär. Er engagierte sich - wie jeder Wissenschaftler es tun muss - für "die Interessen der Menschheit in ihrer Gesamtheit", aber er setzte sich auch für die Interessen der internationalen Arbeiterklasse ein. Die offensichtliche Unvereinbarkeit dieser beiden Aktivitäten (wie Wittfogel es sieht) bedeutete, dass "Marx' eigene Theorien (...) in entscheidenden Punkten von dem beeinträchtigt waren, was er selbst „irrelevante Interessen“ nannte". [3]

Wittfogel wird von dem Gesellschaftsanthropologen Marvin Harris zitiert, dessen Ansichten in dieser Frage ähnlich zu sein scheinen. Harris stellt Marxens "wissenschaftliche" Seite dessen "dialektischem und revolutionärem" Aspekt entgegen, mit der Absicht, die wissenschaftliche Seite gebrauchsfähig zu machen,

indem er sie von allen Spuren des dialektischen und revolutionären Aspekts dekontaminiert. Laut Harris "gab sich Marx große Mühe, die wissenschaftliche Verantwortlichkeit über die Klasseninteressen zu stellen." Aber das sei lediglich in seinem wissenschaftlichen Werk der Fall. Große Teile des Werkes von Marx seien politisch, und hier sei die Wissenschaft politischen Zwecken untergeordnet - und daher missbraucht worden. Wenn die Wissenschaft aus politischen Beweggründen bemüht werde, dann müsse das zum Verrat an der wissenschaftlichen Objektivität und ihrem Zweck führen, sagt Harris: "Wenn es darum geht, die Welt zu verändern, anstatt sie nur zu interpretieren, dann wird der marxistische Soziologe nicht zögern, die Tatsachen zu fälschen, um sie nützlicher zu machen." [4]

Wittfogels Hinweis, dass Marx versuchte, seine Wissenschaft auf "die Interessen der Menschheit in ihrer Gesamtheit" zu gründen, ist wichtig. Wir stimmen mit Harris auch darin überein, dass Marx "sich selbst Mühe gab, die wissenschaftliche Verantwortlichkeit über die Klasseninteressen zu stellen" - wenn mit "Klasseninteressen" partikularistische Sonderinteressen im Gegensatz zu den universell menschlichen gemeint sind. Aber genau hier liegt das Problem. Wie Einstein und all die großen Wissenschaftler in all den Jahrhunderten glaubte Marx, dass es in der Verantwortung eines Wissenschaftlers liegt, die allgemeinen Interessen der Menschheit über die Sonderinteressen zu stellen. Die Frage, vor die er sich gestellt sah und vor die wir auch heute gestellt sind, lautet: In welcher konkreten Form werden diese allgemeinen Interessen in der heutigen modernen Welt ausgedrückt?

Marx kam auf Grundlage seiner wissenschaftlichen Studien zu dem Schluss, dass die allgemeinen Interessen der Menschheit nicht von den verschiedenen herrschenden Klassen des 19. Jahrhunderts in Europa vertreten wurden. Diese Interessen kamen nicht nur miteinander in Konflikt, sondern auch mit denen der menschlichen Spezies als solcher. Sie konnten daher nicht die gesellschaftliche Grundlage für eine wirklich objektive Gesellschaftswissenschaft bilden.

Die Schwäche sowohl der Position Wittfogels wie der Harris' ist, dass sie beide zu dieser Frage nichts zu sagen hatten. Sie waren in der eigentümlichen Lage, einerseits mit Marxens Grundvoraussetzungen übereinzustimmen und sich andererseits dennoch zu weigern, auch nur über die Möglichkeit zu diskutieren, dass die Schlussfolgerungen von Marx korrekt sein könnten. Sie waren völlig einverstanden damit, dass sich die Wissenschaft auf die allgemein menschlichen Interessen gründen muss. Marx zog aufgrund dieses Gedankens den Schluss, a) dass Wissenschaft selbst in dem Maße politisch revolutionär ist, als sie wahrhaft treu zu sich selbst und universell ist; b) dass es diese Art von "Politik" ist (d.h. die Politik der Wissenschaft selbst), die die moderne revolutionäre Bewegung verlangt; und c) dass die einzig mögliche gesellschaftliche Grundlage für solch eine Wissenschafts-inspirierte Politik jene Klasse in der Gesellschaft ist, die selbst das Produkt der Wissenschaft ist, welche bereits in ihrem Kern eine internationale wie wissenschaftliche Entwicklung darstellt und deren Interessen allen existierenden Separatinteressen entgegengesetzt sind. Doch weder Wittfogel noch Harris äußerten auch nur ein Argument zu alledem. Sie nahmen es einfach als selbstverständlich an, dass die Interessen der Menschheit eine Sache sind und die Interessen der Arbeiterklasse eine andere.

Marx - und jeder Marxist, der es verdient, den Namen zu tragen - wusste, dass es nicht wert ist, sich für eine gesellschaftliche Kraft einzusetzen, es sei denn, sie stellt dank ihrer ureigenen Existenz wirklich die breiten Interessen der Menschheit dar. Und je-

der Marxist, der diesen Namen verdient, weiß, dass es nur eine wirkliche Wissenschaft gibt - die realen Entdeckungen der Wissenschaftler, die unabhängig und für die eigenen autonomen Ziele der Wissenschaft arbeiten -, die von der Menschheit als Mittel zur Selbsterkenntnis und Befreiung verwendet werden kann. Von diesem Standpunkt aus wird die Absurdität des Arguments von Harris ersichtlich, dass, wenn es darum geht, die Welt zu verändern, der marxistische Soziologe "nicht zögern würde, die Daten zu verfälschen, um sie nützlicher zu machen". Wie können gefälschte Daten für die Menschheit von Wert sein? Wie kann dies für jene opportunisten sein, die daran interessiert sind, die Welt zu verändern?

Harris hat Recht, darauf zu bestehen, dass, wenn ein partikulares politisches Interesse - sei es nun marxistisch oder nicht - die wissenschaftliche Arbeit im Griff hat, die Wissenschaft selbst darunter leiden werde. Eine besondere nationale und deshalb limitierte politische Partei oder eine bestimmte Gruppe, die in einem gegebenen Staat herrscht (wie z.B. die sowjetische Bürokratie und der "kommunistische" Apparat während des Kalten Krieges) mag wohl das Gefühl haben, besondere Interessen zu besitzen, die sie über die breiteren Interessen heben, welche sie zu vertreten behauptet. In diesem Falle wird die Wissenschaft in dem Maße, wie die Wissenschaftler darin involviert sind, sicherlich entstellt werden. Aber eine Entstellung der Wissenschaft (d.h. ihre teilweise Umformung in Ideologie) kann nur eine Limitierung ihrer langfristigen Anziehungskraft und ihrer Brauchbarkeit für den Menschen beinhalten. Wo immer sich solche Dinge ereignen, schwächt die betroffene Schicht ihre Kraft, die Welt zu verändern, statt sie zu stärken.

Alle Entstellungen, Fälschungen oder Mystifikationen drücken nur die gesellschaftlichen Teilinteressen im Gegensatz zu den Allgemeininteressen aus. Marx befürwortete zu keiner Zeit, sich die Wissenschaft zurechtzuschustern, um sie diesem oder jenem gefühltem Teilinteresse anzupassen - ob Arbeiterklasse oder nicht: "Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird." (Marx: Die heilige Familie, MEW 2, S. 37)

Für Marx war die Frage, wer das Proletariat war, eine wissenschaftliche Frage, die auch nur wissenschaftlich beantwortet werden konnte, in völliger Unabhängigkeit von jedem unmittelbaren Druck oder Anliegen. Weit davon entfernt, für die Unterordnung der Wissenschaft unter die Politik zu streiten, bestand Marx auf die Unterordnung der Politik unter die Wissenschaft.

Autonomie und Klasseninteresse

Engels schrieb: "[...] je rücksichtsloser und unbefangener die Wissenschaft vorgeht, desto mehr befindet sie sich im Einklang mit den Interessen und Strebungen der Arbeiter." (Engels: Feuerbach, MEW 21, S. 307) Wir können sicher sein, dass dies genau die Sichtweise von Marx zum Ausdruck bringt. Die Wissenschaft als einzige universelle, internationale und die Spezies vereinigende Form des Wissens hat Vorrang. Wenn sie in den Interessen der Arbeiterklasse verwurzelt werden musste, dann nur in dem Sinne, dass alle Wissenschaft in den Interessen der menschlichen Spezies insgesamt verwurzelt sein muss, wobei die internationale Arbeiterklasse diese Interessen in der modernen Epoche verkörpert, so wie die Erfordernisse der Produktion in früheren Perioden immer diese Interessen verkörpert haben.

Es ging nicht um die Unterordnung unter Partikularinteressen. Indem die Wissenschaft an die erste Stelle gesetzt wurde, war sie dazu bestimmt, sich über Partikularinteressen hinwegzusetzen und zum Ausdrucksmittel

Schluss auf S. 5

Schluss von S. 4

Marxismus und Wissenschaft

tel einer neuen Form politischen Bewusstseins zu werden. In diesem Sinne war die Wissenschaft sogar dazu bestimmt, die internationale Arbeiterklasse zu erschaffen. Ohne Wissenschaft gäbe es nur partikuläre politische Arbeiterbewegungen; erst durch die wissenschaftliche Analyse können die allgemeinen Interessen der Klasse offengelegt werden.

Zugegeben: die Wissenschaft - selbst ein gesellschaftliches Produkt - kann (nach der Auffassung von Marx) der Arbeiterklasse nichts hinzufügen, was nicht schon in ihr vorhanden ist. Sie kann sich nicht der Arbeiterbewegung aufzwingen, als käme sie von außerhalb.[5] Erst in der und durch die Wissenschaft können sich die Arbeiter ihrer globalen, die Klasse in ihrer Gesamtheit innewohnenden Stärke bewusst werden - einer Stärke, die bereits in ihnen steckt. Und nur durch diese Bewusstwerdung ihrer eigenen Macht kann die internationale Arbeiterklasse politisch existieren.[6] Es stellt sich deshalb gar nicht die Frage, ob die Wissenschaft einer vorher existierenden politischen Kraft untergeordnet ist. Die politische Kraft ist die Wissenschaft selbst und kann ohne die Wissenschaft nicht bestehen. Die früheren vorherrschenden Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik werden umgekehrt.

Für Marx sind die Gesellschaftswissenschaften - einschließlich seiner eigenen - genauso wie alle anderen Formen des gesellschaftlichen Bewusstseins ein Produkt der Klassenverhältnisse. Seine allgemeine Formulierung ist wohl bekannt: "Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so dass ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind. Die herrschenden Gedanken sind weiter nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Gedanken gefassten herrschenden materiellen Verhältnisse; also der Verhältnisse, die eben die eine Klasse zur herrschenden machen, also die Gedanken ihrer Herrschaft." (Marx/Engels: Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 46)

Aus diesem Grunde erachtet es Marx als nicht möglich, die herrschenden Ideen der Gesellschaft zu ändern - oder eine allseits anerkannte Gesellschaftswissenschaft zu schaffen -, ohne die materielle Macht jener Kräfte zu brechen, die die Wissenschaft entstehen. Weil Marx die gesellschaftlichen Widersprüche als die Quelle der mythologischen und ideologischen Widersprüchlichkeiten sah, konnte er darauf bestehen, dass nur durch die Beseitigung der gesellschaftlichen Widersprüche selbst ihre Äußerungen in Ideologie und Wissenschaft überwunden werden konnten.

Das ist es, was Marx meinte, wenn er schrieb: "Alles gesellschaftliche Leben ist wesentlich praktisch. Alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizismus] veranlassen, finden ihre rationale Lösung in der menschlichen Praxis und in dem Begreifen dieser Praxis." (Marx, Thesen über Feuerbach, MEW 3; S. 7) Oder nochmals: "[...] man sieht, wie die Lösung der theoretischen Gegensätze selbst nur auf eine praktische Art, nur durch die praktische Energie des Menschen möglich ist und ihre Lösung daher keineswegs nur eine Aufgabe der Erkenntnis, sondern eine wirkliche Lebensaufgabe ist, welche die Philosophie nicht lösen konnte, eben weil sie dieselbe als nur theoretische Aufgabe fasste." (Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, MEW Ergänzungband 1, S. 25)

Deshalb war es vom Standpunkt von

Marx und Engels aus in Ordnung, den Interessen der Wissenschaft treu zu bleiben - um ihre inneren theoretischen Widersprüche zu lösen -, so dass sie sich als Wissenschaftler verpflichtet fühlten, a) sich mit einer materiellen gesellschaftlichen Kraft zu identifizieren, die die "irrelevanten Interessen", welche die Objektivität der Wissenschaft entstellen, beseitigen konnte, und b) die Leitung dieser materiellen Kraft zu übernehmen. Ihre Auffassung war es nicht, dass die Wissenschaft unzulänglich sei und dass die Politik hinzugefügt werden müsse.[7] Ihre Vorstellung war, dass Wissenschaft - wenn sie treu zu sich selbst blieb - immanent revolutionär ist, dass sie nicht ein politisches Projekt ist, sondern sich selbst anerkennen muss.

Marx und Engels glaubten, dass die Wissenschaft diese noch nie dagewesene politische Autonomie aus einem gesellschaftlichen Grund heraus gewinnen könne: Zum ersten Mal - und zwar als direktes Ergebnis der wissenschaftlichen Entwicklung selbst - war eine "Klasse" in die Gesellschaft getreten, die in Wirklichkeit überhaupt keine Klasse war, die keinen traditionellen Status oder erworbene Interessen mehr zu verteidigen hat, keine Macht, Protektion zu gewähren, keine Macht, den Menschen vom Menschen zu spalten, und deshalb auch keine Macht, die Wissenschaft in irgendeiner Weise zu entstellen. "Und nur bei der Arbeiterklasse besteht der deutsche theoretische Sinn unverkümmert fort. Hier ist er nicht auszurotten; hier finden keine Rücksichten statt auf Karriere, auf Profitmacherei, auf gnädige Protektion von oben; [...]", schrieb Engels. (Engels: Feuerbach, MEW 21, S. 306)

Erst hier kann die Wissenschaft sich selbst treu sein, denn nur hier existiert eine gesellschaftliche Kraft wahrer universeller Art, die fähig ist, die Spezies Mensch zu einem Ganzen zu vereinigen. Das ist die Bedingung für eine wahrhaft unabhängige, wahrhaft selbständige und wahrhaft universelle Wissenschaft der Menschheit - die Existenz "einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, eines Standes, welcher die Auflösung aller Stände ist, einer Sphäre, welche einen universellen Charakter durch ihre universellen Leiden besitzt und kein besonderes Recht in Anspruch nimmt, weil kein besonderes Unrecht, sondern das Unrecht schlechthin an ihr verübt wird, welche nicht mehr auf einen historischen, sondern nur noch auf den menschlichen Titel provozieren kann, welche in keinem einseitigen Gegensatz zu den Konsequenzen, sondern in einem allseitigen Gegensatz zu den Voraussetzungen des deutschen Staatswesens steht, einer Sphäre endlich, welche sich nicht emanzipieren kann, ohne sich von allen übrigen Sphären der Gesellschaft und damit alle übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren, welche mit einem Wort der völlige Verlust des Menschen ist, also nur durch die völlige Wiedergewinnung des Menschen sich selbst gewinnen kann." (Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW 1, S. 390)

Verifizierung des Marxismus

Einiges aus dem vorhergehenden Argument mag tendenziös erscheinen. Nahezu jeder politische oder gesellschaftliche Philosoph behauptet letztlich, dass seine Theorie allgemein menschliche Interessen ausdrückt und nicht eng begrenzte Sonderinteressen.

Die "Treue zu den Interessen der Menschheit" als Maß für den wissenschaftlichen Wert eines begrifflichen Systems zu gebrauchen ist daher nicht möglich - es sei denn, es wird ein objektives Testverfahren dafür gefunden. Aber welche Art von Test könnte das sein? Letztendlich besteht der Beweis für den Pudding darin, gegessen zu werden. Was geschieht, wenn wir eine neue Hypothese ausprobieren? Bewährt sie sich? Vermindert sie die geistige Anstrengung bei der Lösung von intellektuellen

Problemen? Mit anderen Worten: fügt die Hypothese - sei sie rein intellektuell oder auch praktisch - den Fähigkeiten der Wissenschaftler auf wesentlichen Gebieten neue Erkenntnisse hinzu?

Wenn sie das tut, dann sollte sich jedermann ultimativ dazu durchringen, die Tatsachen anzuerkennen. Angenommen, intellektuelle Effizienz ist unser Kriterium (andernfalls sind wir keine Wissenschaftler), dann wird sich der Zuspruch zu dieser Theorie weiter verbreiten. Ihre innere Kohärenz (die Übereinstimmung zwischen den einzelnen Teilen der Theorie) wird in einer weitverbreiteten gesellschaftlichen Zustimmung Ausdruck finden. Solche Fähigkeit, Zustimmung zu erzeugen, ist der gesellschaftliche Lackmestest der Wissenschaft.[8]

Auf lange Sicht muss der Marxismus und jede Gesellschaftswissenschaft einem derartigen Test unterzogen werden. Wissenschaften unterscheiden sich, angefangen beim bloßen Ad hoc-Wissen über das technische Wissen bis hin zum gesunden Menschenverstand, durch das Mittel ihrer abstrakten, symbolischen, formalen Kennzeichen. Wissenschaft ist ein Symbolsystem. Ähnlich wie bei jedem anderen solchen System hängt ihre Bedeutung von der Übereinkunft ab. Die Ziffer "2" bedeutet "zwei", nur weil wir alle sagen, dass dies so ist. Sie könnte auch "neun" bedeuten. Alle symbolischen Systeme - einschließlich der Mythen und Ideologien - hängen in diesem Sinn von der gesellschaftlichen Übereinkunft ab. Doch im Fall der Mythen und Ideologien reicht der Bereich der Übereinkunft nur bis hierher. Es ist ein Punkt erreicht, an dem Uneinigkeit aufkommt - eine Uneinigkeit, die in den gesellschaftlichen Widersprüchen verwurzelt ist. Und wenn das eintritt, führt die Notwendigkeit, die miteinander unverträglichen Bedeutungen miteinander zu versöhnen, zu Widersprüchen innerer Art - innerhalb des Symbolsystems selbst. Mythologie und Ideologie sind Ausdrücke der gesellschaftlichen Spaltung. Dies ist das wesentliche Merkmal, das diese Wissensformen von der Wissenschaft unterscheidet. Die Wissenschaft drückt die Macht und die Einheit der menschlichen Art aus - eine Macht, die die Menschen in den Klassengesellschaften in wachsendem Maße gegenüber der Natur in Anspruch nahmen, jedoch nicht gegenüber ihrer eigenen gesellschaftlichen Welt. Eine Wissenschaft der Gesellschaft müsste, um sich selbst als Wissenschaft zu beweisen, zeigen, dass sie ohne innere Widersprüche und in Einklang mit den Naturwissenschaften und der Wissenschaft in ihrer Gesamtheit steht. Langfristig kann sie das nur praktisch beweisen. Sie müsste ihre innere Folgerichtigkeit zeigen, indem sie ihre Verwurzelung in einer gesellschaftlichen Übereinkunft demonstriert, die die menschliche Rasse vereint. Sie müsste mit anderen Worten in der Praxis zeigen, dass sie Teil eines Symbolsystems bildet - einer globalen "Sprache", entstanden aus den Begriffen der Wissenschaft -, das praktisch fähig wäre, die ganze Erde zu umfassen und sie endlich politisch zu vereinigen.[9]

Doch das ist nicht die einzige Prüfung. Bei jedem wissenschaftlichen Fortschritts ist die Prüfung zuerst eine theoretische. Kopernikus wusste, dass sich die Erde bewegt. Und er wusste das, lange bevor diese Tatsache für andere ausreichend bewiesen und universell anerkannt war. Einstein wusste, dass das Licht den Gesetzen der Schwerkraft unterworfen ist. Und er wusste das, lange bevor es 1919 während einer Sonnenfinsternis von den Sternwarten in Cambridge und Greenwich beobachtet wurde (als gezeigt wurde, dass von einem Stern ausgesandte Lichtstrahlen vom Gravitationsfeld der Sonne abgelenkt werden). Bei wissenschaftlichen Entdeckungen war das immer so. Eine wissenschaftliche Revolution wird auf der Ebene der reinen Theorie bestätigt, lange bevor sie ihre Abschlussprüfung in der Praxis bestanden hat.

Die endgültige Bestätigung des Marxismus als Wissenschaft würde sich in seiner Fähigkeit zeigen, eine welt-

weite Einigkeit zu herzustellen - in seiner Kraft, die Menschheit zu vereinigen. Aber wenn der Marxismus eine echte Wissenschaft ist, dann sollte es möglich sein, sein Potenzial schon vorher theoretisch zu erweisen. Die Frage tut sich auf: wie? Ich werde dieses Problem im zweiten Teil dieses Artikels untersuchen. Chr. Knight

[1] "Der einzelne Wissenschaftler mag sich überhaupt nicht um praktische Anwendung seiner Forschung kümmern. Je weiter sein Blick reicht, je kühner seine Phantasie ist, je freier er in seinen theoretischen Überlegungen von der notwendigen Alltagspraxis ist, desto besser. Aber die Wissenschaft ist keine Funktion individueller Wissenschaftler; sie ist eine Funktion der Gesellschaft. Die gesellschaftliche und geschichtliche Einschätzung der Wissenschaft hängt von ihrer Fähigkeit ab, die Macht des Menschen zu steigern und ihn zu befähigen, Ereignisse voranzusehen und die Natur zu beherrschen." L. D. Trotzki, 'Dialektischer Materialismus und Wissenschaft' in I Deutscher (ed) The Age of Permanent Revolution: a Trotsky Anthology, New York 1964, p. 344, auf deutsch in "Leo Trotzki, Denksatz, S. 398, russischer Originaltitel: "D.I. Mendelev i marksizm, 17.9.1925)

[2] K. Wittfogel, The ruling bureaucracy of oriental despotism: a phenomenon that paralysed Marx. The Review of Politics No. 15, 1953, pp. 355-56. Wittfogel zitiert Marx's Theorien über Mehrwert (eigene Übersetzung)

[3] Wittfogel, p. 356n (eigene Übersetzung)

[4] M Harris, The Rise of Anthropological Theory London 1969, pp. 4-5; 220-21 (eigene Übersetzung)

[5] Solange die Arbeiterklasse schwach ist, schrieb Marx, wollen die Theoretiker ihr helfen, indem sie "Systeme ausdenken und nach einer regenerierenden Wissenschaft suchen." Doch wenn die Arbeiterklasse stark ist, haben seine Theoretiker "sich nur Rechenschaft abzulegen von dem, was sich vor ihren Augen abspielt, und sich zum Organ desselben zu machen. [...] Von dem Augenblick an wird die Wissenschaft bewusstes Zeugnis der historischen Bewegung, und sie hat aufgehört, doktrinär zu sein, sie ist revolutionär geworden." (Marx: Das Elend der Philosophie, MEW 4, S. 143)

[6] Wie Trotzki ausdrückt: "... das Bewusstsein der Stärke ist die wichtigste Grundlage einer wirklichen Stärke" (L. D. Trotzki Whither France? New York 1968, p116, Übersetzung durch IKS). Marx hatte dieselbe Idee im Kopf, als er schrieb: "[...] man muss diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, dass man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt! Man muss das Volk vor sich selbst erschrecken lehren, um ihm Courage zu machen." (Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW 1, S. 390)

[7] Marx hatte im Allgemeinen keine sehr hohe Meinung über das politische Denken eben wegen seiner unvermeidlich subjektiven Ausrichtung: "Der politische Verstand ist eben politischer Verstand, weil er innerhalb der Schranken der Politik denkt. Je schärfer, je lebendiger, desto unfähiger ist er zur Auffassung sozialer Gebrechen. [...] Das Prinzip der Politik ist der Wille. Je einseitiger, d.h. also, je vollendeter der politische Verstand, um so mehr glaubt er an die Allmacht des Willens, um so blinder ist er gegen die natürlichen und geistigen Schranken des Willens, um so unfähiger ist er also, die Quelle sozialer Gebrechen zu entdecken." (Marx: Kritische Randglossen zu dem Artikel "Der König von Preußen und die Sozialreform, MEW 1, S. 402) Wenn Marx an die Notwendigkeit des politischen Kampfes glaubte, dann deshalb, weil er das politische Wesen der Hindernisse für die menschliche Befreiung und für die Autonomie der Wissenschaft erkannte: "Die Revolution überhaupt - der Umsturz der bestehenden Gewalt und die Auflösung der alten Verhältnisse - ist ein politischer Akt. Ohne Revolution kann sich aber der Sozialismus nicht ausführen. Er bedarf dieses politischen Aktes, soweit er der Zerstörung und Auflösung bedarf. Wo aber seine organisierende Tätigkeit beginnt, wo sein Selbstzweck, seine Seele hervortritt, da schleudert der Sozialismus die politische Hülle weg." (dito, S. 409)

[8] Siehe T.S. Kuhn, 'The Structure of Scientific Revolutions' International Encyclopaedia of Unified Science Vol 2, No. 2, Chicago 1970, p. viii. Marx hat diese Idee wenigstens wahrscheinlich teilweise von Feuerbach übernommen, obgleich sie auch ein großes Thema in Hegels Schriften ist. Feuerbach schreibt: "Wahr ist, worin der Andere mit mir übereinstimmt - Übereinstimmung das erste Kennzeichen der Wahrheit, aber nur deswegen, weil die Gattung das letzte Maß der Wahrheit ist. Was ich nur denke nach dem Maße meiner Individualität, daran ist der Andere nicht gebunden, das kann anders gedacht werden, das ist eine zufällige, nur subjektive Ansicht. Was ich aber denke im Maße der Gattung, das denke ich, wie es der Mensch überhaupt nur immer denken kann und folglich der Einzelne denken muß, wenn er normal, gesetzmäßig und folglich wahr denken will. Wahr ist, was mit dem Wesen der Gattung übereinstimmt, falsch, was ihr widerspricht. Ein anderes Gesetz der Wahrheit gibt es nicht." (Das Wesen des Christentums, Siebzehntes Kapitel: Der Unterschied des Christentums vom Heidentum, S. 252)

[9] Zu dieser Idee, wie sie während der Russi-

schen Revolution ausgedrückt wurde, siehe Ch. Knight Past, future and the problem of communication in the work of V V Khlebnikov (unpublished M Phil thesis, University of Sussex, 1976).

Schluss von S. 3

Syrien, Iran....

Regimes danach bestrebt, ihre eigene Karte des "demokratischen" und "gemäßigten" Islamismus zu spielen. Sie versucht, die Erhebungen in Ägypten und Tunesien zu ihren Gunsten auszuschlachten. Und dies erklärt auch den Kurswechsel ihrer Beziehungen zu Syrien. (...) Die Bemühungen der Türkei, ihre eigenes "Modell" des "gemäßigten" Islams zu exportieren, stehen in direktem Gegensatz zu den Bemühungen Saudi-Arabiens, seinen eigenen Einfluss in der Region mit Hilfe des erzkonservativen Wahabismus zu vergrößern.

Die Möglichkeit der Auslösung eines Krieges in Syrien und vielleicht später im Iran hat sich dermaßen zugespitzt, dass die Führer Chinas und Russlands immer stärker reagieren. Der Iran ist für China von großer Bedeutung, da China aus dem Iran 11% seiner Energieimporte erhält [2]. Seit dem industriellen Aufstieg Chinas ist das Land zu einem wichtigen Player in der Region geworden. Im letzten Dezember warnte China vor der Gefahr eines weltweiten Konfliktes um Syrien und Iran. (...)

Der Kapitalismus treibt geradewegs auf den Abgrund zu

Der Mittlere Osten ist ein Pulverfass, die Militärmaschinerie ist gerüstet und hat sich strategisch auf dieses Szenario eingestellt. Da im dahinsiechenden Kapitalismus bei dessen Todeszuckungen das Schlimmste am wahrscheinlichsten ist, können wir solch einen Krieg nicht ausschließen. Jedenfalls treibt die Flucht nach vorn des Kapitalismus, der völlig senil und morsch geworden ist, die Irrationalität dieses Systems auf immer neue Höhen. Sollte es zu einem eskalierenden Konflikt in der Region kommen, wird der Zerstörungsdrang des Kapitalismus eine neue Stufe erreichen. Wenn der Kapitalismus, der durch die Geschichte verdammt ist, verschwindet, wird die Arbeiterklasse und die Menschheit ihm keine Träne nachweinen. Aber leider birgt der Zerstörungsdrang des Systems die Gefahr einer vollständigen Zerstörung der Menschheit in sich. Die Feststellung, dass der Kapitalismus dabei ist die ganze Zivilisation mit in den Abgrund zu reißen, darf uns nicht den Mut nehmen, nicht in Verzweiflung treiben oder in Passivität verfallen lassen. Wir schrieben zu Anfang des Jahres: "Die Wirtschaftskrise ist keine endlose Geschichte. Sie kündigt das Ende eines Systems und den Kampf für eine neue Gesellschaft an." Diese Behauptung stützt sich auf die Entwicklung des Klassenkampfes auf internationaler Ebene.

Dieser weltweite Kampf für eine andere Gesellschaft hat eben erst begonnen. Er verläuft sicher noch sehr langsam und mit großen Schwierigkeiten, aber er ist in Gang gesetzt worden. Diese in Gang gekommene Bewegung, deren beeindruckendster Ausdruck bislang die Bewegung der "Empörten" letztes Jahr in Spanien war, erlaubt uns zu sagen, dass es potentiell die Mittel gibt, all diese kapitalistische Barbarei von diesem Planeten hinwegzufügen. Tino, 11.4.2012.

[1] http://en.wikipedia.org/wiki/Hama_masacre

[2] <http://iranprimer.usip.org/resource/iran-and-china>

[3] Zeitung zur internationalen Aktualität, die zur offiziellen "Volkszeitung" gehört.

[4] Bericht aus http://www.solidariteetprogres.org/Iran-La-Chine-ne-doit-pas-reculer-devant-une-possible-confrontation-avec-l_08360

Vadim Riga "Arme Irre" Vom Klassencharakter des psychischen Elends/1

Wir veröffentlichen nachfolgend den ersten Teil eines Beitrags, den wir von Genossen Riga erhalten haben. Wie bedanken uns für die Zusendung des Beitrags und möchten unsere LeserInnen zu Reaktionen hierzu ermuntern. Die IK5

Gedanken

"Die Hemmung, die das Denken, die Vitalität, das Leben auf der Stufe der sinnlichen Gewissheit erfährt, äußert sich in Krankheitssymptomen."

(Sozialistisches Patienten Kollektiv)

"Denken heißt ins Labyrinth eintreten, einen Irrgarten erstehen lassen. Denken heißt sich in den Gängen verlieren, die es nur deshalb gibt, weil wir sie unablässig graben."

(C. Castoriadis)

"Denken ist etwas, was auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln voraus geht"

(B. Brecht)

Notwehr

Ein tragisches Ereignis brachte vergangenes Jahr exemplarisch das Verhältnis der deutschen Gesellschaft gegenüber ihrer psychischen Verelendung erneut auf den Punkt:

Am 24. August 2011 wurde die 53-jährige, 1.60 m kleine und ca. 40 kg leichte Andrea H. in ihrem Zimmer, im 8. Stock eines Hochhauses im Berliner "Märkischen-Viertel", in einer von einem sozialen Dienst betreuten Wohngemeinschaft, von einem Polizisten erschossen. Andrea wehrte sich mit verzweifelter Körperlichkeit gegen die Zwangseinweisung in eine psychiatrische Einrichtung. Andrea war einer Aufforderung zu einer Amtsanhoörung bzgl. ihrer behördlich angeordneten Einweisung nicht nachgekommen. Vermutlich ahnte sie deshalb schon, was ihr eigentlich bevorstehen sollte, als der Sozialpsychiatrische-Dienst (SpD), nebst Amtshilfe in Form einer Streifenwagenbesatzung, vor ihrer Tür stand. Dass sie schließlich über den Haufen geschossen werden würde, damit hat Andrea jedoch mit Sicherheit nicht gerechnet. Dies ist indes kein Einzelfall!

Andrea schloss sich zunächst in ihr Zimmer ein und redete mit den Polizisten durch die geschlossene Tür. Plötzlich öffnete sie diese unvermittelt und fuchtelte in panischer Angst mit einem Messer herum. Dabei wurde ein Beamter am Unterarm verletzt. Die Polizisten versprühten eine Ladung Pfefferspray gegen Andrea, woraufhin sie zurück in ihr Zimmer flüchtete und die Tür wieder verschloss. Die Beamten forderten derweil Verstärkung an und bekamen diese bald darauf von der 23. Einsatzhundertschaft der Berliner Bereitschaftspolizei. Etwa 20 Beamte in vollem Wuchs standen schließlich in und vor Andreas Wohnung, um die Tür zu ihrem Zimmer mit einer Ramme aufzubrechen. Die Agenten des SpD waren offenbar bereits kaltgestellt worden. Jedenfalls dachte niemand zu diesem Zeitpunkt noch an deeskalierende Maßnahmen. Stattdessen wurde das ganze Spektakel zu einem Exempel des staatlichen Gewaltmonopols. Andrea wusste sich in dieser Situation anscheinend nicht mehr anders zu helfen, als erneut mit dem Messer in der Hand aus ihrem Zimmer auszubringen. Der Einsatzleiter, der sich, wie seine Kollegen, hinter einem mit Sicherheit stichfesten Schutzschild verborgen hielt, zog seine Pistole und streckte Andrea mit einem Schuss in die Leber nieder. Sie verblutete, noch bevor der Rettungsdienst zu ihr durchdringen konnte.

Fasst man div. Zeitungsberichte dieser Tage zusammen, dann muss sich die Tragödie so oder sehr ähnlich abgespielt haben. Bodo Pfalzgraf, Berliner Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft kommentiert: "Wer mit einem Messer Polizisten angreift, muss damit rechnen, erschossen zu werden. Allein die Tatsache, dass es eine geistig verwirrte Person war, rechtfertigt nicht, dass sich der Poli-

zist hätte erstechen lassen müssen." Ein obligatorisches Ermittlungsverfahren gegen den Todesschützen wurde zwar eingeleitet. Doch schon nach zwei Tagen, am 26. 8., stellte sich der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Martin Steltner, den Fragen der Presse mit folgenden Worten: "Nach dem Stand der Ermittlungen kann man vorsichtig sagen, dass der Schuss aus einer Nothilfesituation heraus abgegeben wurde." Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wieland (Die Grünen) meldet daraufhin "Aufklärungsbedarf" an: "Die eingesetzten Beamten hätten gewusst, dass die Frau ein Messer hatte. Somit seien sie nicht unvorbereitet gewesen. Geklärt werde müsse auch, warum der Schütze nicht auf die Arme oder Beine gezielt habe, um die Frau kampfunfähig zu machen." Aber Herr Wieland: Hinter einem Schild verschanzte, sind derart gezielte Schüsse nun mal nicht möglich! Wieland bilanziert schließlich lakonisch: "Man muss sagen, der Einsatz ist gründlich danebengegangen" - wovon aus Sicht der Polizei allerdings kaum die Rede sein kann. Weitere Reaktionen der politischen Kaste sind mir nicht bekannt. Knapp zwei Wochen nach dem Todesschuss vermeldet der Berliner "Tagesspiegel" dann auch erwartungsgemäß, dass die Ermittlungen gegen den Todesschützen eingestellt wurden.

Die naheliegende Auffassung, dass Andrea H. sich ihrerseits in einer Notwehrsituation befunden haben könnte, wurde in keiner Zeitung zur Debatte gestellt. Die eigentlich eher geringe empathische Anstrengung, die dafür hätte aufgebracht werden müssen, ist von den Schreibern der bürgerlichen Presse offenbar genauso wenig zu erwarten, wie von einem Abgeordneten der Grünen. Noch viel weniger zu erwarten ist die rhetorische Frage: ob die Polizei sich z. B. im Falle einer Vorführung zwecks Zwangseinweisung ebenso verhalten hätte, wenn es sich um eine ähnlich von Panik erfasste Person in den eigenen vier Wänden einer Villa in Frohnau gehandelt hätte? Wohl kaum. Und wenn doch, dann wäre das Echo der Politik und der Justiz vermutlich anders ausgefallen und die Gewerkschaft der Polizei hätte sich schweigepflichtbewusst zurückgehalten. Wahn kommt auch in den besten Familien vor, aber Angehörige solcher Familien werden meistens auch bestens versorgt. Von daher ist es eigentlich auszusprechen, dass ein unangemeldeter SpD plus Polizei weiter als bis zur Gartenpforte kommen würde. Das sei den Betroffenen aus solchen Gesellschaftsschichten von Herzen gegönnt! Leiden diese doch wie alle anderen Betroffenen letztlich auch unter der gleichen Symptomatik der Entfremdung, welche der Verwirrung und dem Wahn von jeher stets Vor-schub leistet.

Begreift man Verwirrung und Wahn als etwas (auch im anthropologischen Sinne) durch und durch Menschliches, und daran besteht für mich kein Zweifel, dann ist anzunehmen, dass (auch) der Todesschütze sich in einer akuten emotionalen Not-situation empfunden haben muss. In dem Moment nämlich, als er sich selbst - in Andrea spiegelnd - gewahr wurde. In dem also die Macht ihrer Wut aus Angst sich unmittelbar und unausweichlich mit seinen eigenen Ängsten kreuzte. Was in ihm scheinbar eine heftige Phobie auslöste. Andrea hat ihn schlicht verwirrt und Angst eingejagt. Angst vor dem Wahn. Wahnsinnige Angst. Dieser Angst begegnete er wehrhaft. Anders hat er es nicht gelernt. Die Wendung seiner eigenen Not in Notwehr gegen Andreas Angst musste, weil diese nicht begriffen werden konnte und nicht begriffen werden soll, im Nachhinein als professionelles Handeln rationalisiert und legitimiert werden. Wir sehen hier auf beiden Seiten das Zusammenspiel aus real begründeter und irrationaler (phobischer) Angst, die in der unmittelbaren Begegnung der beiden Protagonisten zwischen ihnen scheinbar eine paranoide Situation erzeugte, welche schnell einer Eigendynamik folgte. Die durch die abstrakten gesellschaftlichen

Herrschaftsverhältnisse hervorgebrachten destruktiven Elemente, die dieser Dynamik voraus- und mit ihr einhergehen, trennen die gemeinsam produzierte Angst, die doch nur aus der konkreten Begegnung zwischen Andrea und ihrem Todesschützen zu verstehen wäre, von deren konkreten Verhältnis zueinander künstlich ab. Das Symptom - Paranoia - kann so dem Kontext entrissen und Andrea einseitig zugeschrieben werden. Damit wird zugleich dem Todesschützen zugestanden, sich dieses Symptoms einseitig entledigen zu dürfen. Das wird jedoch nicht restlos funktionieren. Es wird hier etwas zur Vordertür hinaus befördert, was mit Sicherheit durch die Hintertür zurück kommen wird. Der Todesschütze bleibt (nachhaltig) traumatisiert. Es ist davon auszugehen, dass seine Phobie gegen Verwirrung und Wahn sich vorerst weiter manifestieren wird. Die Legitimation seiner Handlung von Staatswegen kann seine Verwirrung evtl. aufheben. Nicht aber seine Phobie!

Um das Herrschaftsverhältnis, welches sich in dieser Tragödie mit aller Macht gezeigt hat, auf den Begriff bringen zu können, ist ein gewisses Maß an Empathie gegenüber dem Todesschützen unabdingbar - Sympathie jedoch nicht. Das meint: Empörung gegen die Schergen des Staates ist nachvollziehbar und berechtigt. Es wird jedoch Andrea und allen anderen Opfern staatlicher Willkür kaum gerecht, bei der Empörung stehen zu bleiben. Polizeischergen bei jedem solcher Anlässe bloß als "Schweine" zu betiteln, sie derart zu entmenslichen und ihnen damit zugleich ihre Verantwortung als handelnde Subjekte zu nehmen, dabei letztlich unsere eigene Verantwortung, nämlich den Dingen auf den Grund zu gehen, gleich mit zu entsorgen, kann nicht unsere Sache sein.

Zuschreibungen

Dem tödlichen Spektakel ging vermutlich eine psychiatrische Diagnose voraus. Folgt man der Etymologie, dann leiten sich die Begriffe Diagnose / Diagnostik von griech. *diagnosis* = unterscheidende Erkenntnis ab. Dem wiederum liegt *diag-noskein* = durch und durch erkennen (=durchschauen) zugrunde. Mit peinlicher Unterscheidung hat eine psychiatrische Diagnose oft zu tun, mit Erkenntnis seltener. Von einem "durch und durch erkennen" der diagnostizierten Person kann schon gleich gar nicht die Rede sein. Im Falle des SpD schon deshalb nicht, da bereits das Anbahnen einer Beziehung zu der Person, die erkrankt werden soll, was die Voraussetzung dafür wäre, überhaupt erst mal einen Erkenntnisprozess auf den Weg zu bringen, im Arbeitsauftrag solch einer Behörde nicht vorgesehen ist. Deshalb bliebe der SpD in seiner Bürokratie selbst dann noch befangen, wenn die gegenwärtig offiziellen Diagnosekriterien der Psychiatrie (ICD-10, DSM) tatsächlich zu mehr zu gebrauchen wären als dafür, die bürokratischen Erfordernisse des "Gesundheitssystems" zu bedienen. Eben deshalb, weil die dort beschäftigten Psychiater und Psychologen wie eine Art "Taskforce" operieren und ihr Klientel nur selten, manchmal gar nicht zu Gesicht bekommen, bevor sie solch einen vorgezogenen Vollzugsbefehl für einen Polizeieinsatz unterschreiben. Das alles kann die Zufut jedoch kaum davon abhalten, ihre Urteile über Menschen zu fällen, die sie kaum oder gar nicht kennt. Und die, wie wir gesehen haben, im schlimmsten Fall, wenn auch ungewollt so doch keinesfalls unvermeidlich, zu Todesurteilen werden können. Insofern besteht die tatsächliche Bedeutung der Diagnose darin, "dass sie, sozial gesehen, der Dolch ist, der ins Herz der Gnosis getrieben wird. Die Diagnose ist der Mord an der Möglichkeit, den anderen Menschen kennenzulernen, ein Mord, verwirklicht durch die Verdrängung der Realität dieses Menschen in die Vorhölle einer sozialen Pseudo-Objektivität."

Das Lieblingsblatt der Deutschen mit humanistischer Bildung im gymnasialen Oberstufenbereich, "Die

Zeit", spricht von ca. 200.000 Zwangseinweisungen jährlich. "Eine mittlere Kleinstadt landet so nahezu unbemerkt in den geschlossenen Abteilungen der Psychiatrien." Etwa die Hälfte dieser Zwangseinweisungen wird nach dem Betreuungsgesetz (PsychKG) durchgeführt. Das heißt konkret, das Betreuer, meist Sozialarbeiter oder Ehrenamtliche, die noch nicht einmal dazu befugt wären, eine Diagnose zu stellen, nach eigenem Gutdünken eine Zwangseinweisung beim örtlichen Amtsgericht bewirken können. Die Gerichte stimmen, laut einer NRW-Statistik, in rund 99 Prozent der Fälle umstandslos zu. Als Grundlage für die Entscheidungen der Richter dienen dann meist ältere, teilweise Jahre zurückliegende Diagnosen. Diese Verfahrensweise ist folglich pure Willkür. Ein paar Zeilen weiter offenbart uns die "Zeit" dann noch den Klassencharakter dieser Gerichtsbarkeit. "Es gibt aufgrund der Zahlen aus dem NRW-Gesundheitsministerium ein Ranking für betroffene Menschen: Männliche Großstädter, alte und behinderte Menschen und Personen aus niedrigen sozialen Schichten werden häufiger eingewiesen als etwa Vermögende. Auch eine Studie der Universität Siegen aus dem Jahr 2006 weist auf subjektiv motivierte Einweisungen hin: So würden manisch-depressive Chefs eher als cholerisch eingestuft, wohingegen arme Menschen mit denselben Symptomen schneller als psychisch krank eingeschätzt würden." Auch der Bundesverband der Berufsbetreuer (BdB) steht Zwangseinweisungen gelegentlich kritisch gegenüber. Klaus Förter-Vonvey, Vorsitzender des BdB: "...besser geschulte Betreuer würden dramatisch weniger Zwangseinweisungen veranlassen... Anfänger würden häufig aus Angst zu schnell einleihen lassen, viele ehrenamtliche Betreuer hätten keinen blassen Schimmer, mit welchen Erkrankungen sie es zu tun hätten." Das "Deutsche Ärzteblatt" berichtet im Dezember 2011 von einer drastischen Zunahme der Zwangseinweisungen und erklärt diese mit einer weitreichenden Lockerung der Vorschriften im PsychKG. Demnach dürften bei "Eilbedürftigkeit" seither die Betreuer sofort einweisen lassen und müssen sich die richterliche Genehmigung erst hinterher besorgen. Die Bedeutungslosigkeit bzw. die auf den bloßen Zweck der Kassenabrechnung reduzierte Bedeutung einer Diagnose wird so mit aller Deutlichkeit bestätigt. Zugleich wird deutlich, wie wirksam ein einmal ausgeschriebene Diagnosen sein können. Selbst dann, wenn deren Erstellung lange zurückliegt und für keinen amtlichen "Experten" mehr nachvollziehbar ist, wie es konkret um den Diagnostizierten bestellt ist. Immerhin kommt es nicht selten vor, dass Verantwortliche in den psychiatrischen Anstalten viele Zwangseingewiesene nach relativ kurzer Zeit wieder nach Hause schicken, wenn zu offensichtlich ist, dass die Betreuer hier mehr ihren eigenen Ängsten folgten als denen der Betroffenen.

Vergegenwärtigt man sich die Geschichte der Psychiatrie, wie sie z. B. von Dörner oder Foucault beschrieben wurde, stellt sich heraus, dass Zugang und Haltung der Gesellschaft gegenüber ihrem psychischen Elend im Allgemeinen und den davon betroffenen Individuen im Besonderen einem stetigen Wandlungsprozess unterliegen, welcher durch die Geschichte der politischen Ökonomie und deren jeweiligem Zeitgeist weitgehend determiniert ist. Erscheinungsformen, sprich: Symptome der Verwirrung, des Wahns oder extremer Gefühlszustände, werden nach den jeweiligen Erfordernissen der gesellschaftlichen Verhältnisse (Produktionsprozess, politischer und ideologischer Überbau) beschrieben, gedeutet und, wenn nötig, wieder umgedeutet. Dementsprechend kann man in beinahe jeder neuen Auflage der offiziellen Diagnosemanuale jeweils Neues entdecken. Was sie trotz der politischen Brisanz, die sich dahinter verbirgt, jedoch nicht spannender macht.

Die politische Brisanz solcher Manuale lässt sich u. a. daran ablesen, dass z. B. Homosexualität als Er-

scheinungsbild einer "psychischen Störung" aus den psychiatrischen Manualen herausgenommen werden musste (DSM, 1973), nachdem die Emanzipationsbewegungen sowie mutige Aufstände von Menschen mit homosexuellen Neigungen in den Industriemetropolen der 1960er und 1970er Jahre dafür Sorge trugen, dass sich in einem darauf folgenden, breiten gesellschaftlichen Diskurs das Konstrukt von der Homosexualität nachhaltig veränderte. Eine kritisch-wissenschaftliche Einschätzung, dass es sich bei der Homosexualität nicht um eine "psychische Störung" sondern vielmehr um eine "physiologische Neigung" handelt, war zu diesem Zeitpunkt längst erbracht. Bereits Freud vertrat vorsichtig die Ansicht, dass eine dem menschlichem Wesen immanente Bi-Sexualität bestehe, die sich "naturwüchsig" in die eine oder andere Richtung entwickeln kann. Die umfangreichen wissenschaftlichen Arbeiten von Magnus Hirschfeld und anderen renommierten Psychologen und Medizinern diesbezüglich waren dem Forschungsbetrieb, auch in Deutschland nach dem Ende des 2. Weltkrieges, seit Jahrzehnten wieder zugänglich. Es war nicht eine "neue wissenschaftliche Erkenntnis" bzw. die Zurkenntnisnahme wissenschaftlicher Untersuchungen, welche die Zuschreibungen in den Diagnosemanualen gegen Homosexuelle zu Fall brachte, sondern ein politischer Kampf! Der "Christopher-Street-Day" ist, so betrachtet, auch als ein Etappensieg gegen die Gewalt der Psychiatrie zu feiern.

Die Diagnose eines Psychiaters oder Psychologen beschreibt Symptome und fasst Symptome zusammen. Bei "ausreichender Symptomverdichtung" (vereinfachtes Beispiel: 5 von 10 der beobachteten Symptome stimmen mit den vorgegebenen Beschreibungen des jeweiligen Manuals überein) hat der Diagnostiker das Recht, seiner Diagnose einen Namen und seinen Diagnostizierten eine Zuschreibung zu verpassen. Derart simpel entsteht die Konstruktion einer Psychose und eines Psychotikers. Oder einer Depression und einer Depression... ohne dass heute irgendein "Experte" wirklich weiß, was eine Psychose, Depression usw. für das betroffene Individuum bedeutet, wie sie sich entwickelt hat und wie sie erlebt und empfunden wird. Ob sie sich einmalig, vorübergehend oder latent entwickelt und wovon dieser Entwicklungsprozess jeweils individuell abhängig ist. Diagnosen beschreiben alles Mögliche - aber sie erklären nichts!

Durch den Abgleich eigener, mehr oder weniger oberflächlicher Beobachtungen mit den Vorgaben aus medizinischen Manualen stellte der SpD in Berlin, gemäß seiner Gewohnheiten, vermutlich auch bei Andrea so eine Symptomverdichtung fest. Was im gegebenen Kontext dazu führen musste, dass Andrea als Gefahr für sich selbst und ihre Umwelt (zu der selbstredend auch diese Diagnostiker gehören) wahrgenommen, eingeschätzt und festgeschrieben wurde. Die panischen, möglicherweise paranoiden Reaktionen von Andrea im Angesicht einer für sie bedrohlichen Ansammlung martialisch gekleideter, bewaffneter Männer gaben dann nur noch eine weitere Rechtfertigung für die vorangegangene Diagnose ab. Wie immer die Diagnose auch im Einzelnen gelaute haben mag: die reale Bedrohung für Andrea wurde darin jedenfalls vorsorglich ausgeklammert.

Eine Diagnostizierung des Todesschützen wurde hingegen von niemand verlangt. Genauso wenig wie eine selbstkritische Reflexion in den Reihen des SpD. Warum auch? Eine tröstende Supervision wird das angeknackste Selbst, den der Tod von Andrea möglicherweise bei den einen oder anderen Berufsbetreuer und der Kollegen des SpD hinterlassen hat, schon irgendwie richten. Wären Letztere allerdings im Nachhinein von ihrer diagnostischen Zuschreibung auch nur minimal abgewichen, hätte ihnen das mit Sicherheit mächtigen Ärger eingebracht. Da der akademisch ausgebildete Helfer als solcher selbstverständlich bzw. seinem Selbstverständnis nach nicht als Bauernopfer vorgeführt werden will, wird er tunlichst seine Zuschreibungen rechtfertigen.

Weiter auf S. 7

Grüße an die neuen Sektionen der IKS in Peru und Ecuador

Wir sind sehr erfreut über die Gründung zweier neuer Sektionen der IKS - in Peru und Ecuador - berichten zu können.

Die Bildung einer neuen Sektion unserer Organisation ist immer ein wichtiges Ereignis für uns. Erstens, weil solch ein Schritt die Fähigkeit des Weltproletariats belegt, trotz seiner Schwierigkeiten revolutionäre Minderheiten auf der ganzen Welt hervorzubringen, und zweitens weil es bedeutet, dass unsere Organisation ihre globale Präsenz ausbauen kann. Die Bildung zweier neuer Sektionen der IKS findet zu einem Zeitpunkt statt, wo die Arbeiterklasse seit 2003 angefangen hat, sich von der langen Rückflussphase ihres Bewusstseins und ihrer Kampfbereitschaft nach 1989 zu erholen. Dieses Wiedererstarren wird anhand einer Reihe von Kämpfen deutlich, die ein wachsendes Bewusstsein über die Sackgasse zum Ausdruck bringen, in welcher der Kapitalismus auf der ganzen Welt steckt, und durch das weltweite Auftauchen von internationalistischen Minderheiten, die Kontakte untereinander knüpfen wollen, sich viele Fragen stellen und nach einer revolutionären Kohärenz streben und die Perspektiven der Entwicklung des Klassenkampfes diskutieren. Ein Teil dieses Milieus hat sich den Positionen der Kommunistischen Linken zugewandt, und ein Teil dieses Milieus hat sich unserer Organisation angeschlossen. So wurde 2007 ein Kern der IKS in Brasilien gegründet, 2009 konnten wir die Schaffung zweier neuer Sektionen der IKS in den Philippinen und der Türkei verkünden.

Die beiden neuen Sektionen sind ebenso ein Ergebnis länger dauernder Anstrengungen unserer Organisation und unserer Mitglieder, sich an politi-

schen Diskussionen und Klärungsprozessen zu beteiligen, wo immer das möglich ist, Verbindungen zu Gruppen oder Einzelpersonen zu knüpfen, die nach kommunistischen Ideen suchen, unabhängig davon, ob sie sich unserer Organisation anschließen wollen oder nicht.

Unsere neuen Sektionen waren vor ihrem Beitritt zur IKS Gruppen dieser Art, die - wie im Falle Ecuadors - sich direkt mit dem Ziel der politischen Klärung anhand der Positionen der IKS an uns wandten, oder - wie im Falle Perus - aus verschiedenen Ecken stammen. In beiden Fällen entfalteten sich Diskussionen mit anderen politischen Kräften als auch systematische Diskussionen mit der IKS über unsere Plattform. Sie fühlten sich alle verpflichtet, gegenüber den Ereignissen auf internationaler und nationaler Ebene Stellung zu beziehen. 2. Heute noch sind sie in einem Umfeld aktiv, in dem sie viele Kontakte pflegen. In Südamerika "beheimatet" werden diese beiden neuen Sektionen der IKS die Intervention der IKS im spanisch-sprachigen Raum sowie die Präsenz der IKS in Lateinamerika verstärken, wo wir schon Sektionen in Venezuela, Mexiko und Brasilien haben.

Die ganze IKS heißt die beiden neuen Sektionen und ihre Mitglieder herzlich willkommen. IKS April 2012

1) Zusammenbruch des Stalinismus, der zum Anlass genommen wurde, um eine gewaltige bürgerliche Kampagne anzuleiten, in der der Kommunismus und der Staatskapitalismus, wie er sich nach dem Niedergang der russischen Revolution entwickelte, fälschlicherweise in einen Topf geschmissen wurden.

2) Einige dieser Stellungnahmen wurden in Accion Proletaria, der Zeitung der IKS in Spanien, und von IKSonline auf unserer spanischen Webseite veröffentlicht.

Schluss von S. 6

Insgeheim erahnt der unglückliche Helfer natürlich die Funktion seiner Diagnosen als alltägliches Produkt des Verblendungszusammenhangs zur Aufrechterhaltung eines vom realen Wahn des Sachzwangs dirigierten Gesellschaftssystems.

Die Manuale für Diagnosekriterien liefern die Orientierungslinie für das eigentlich absurde Unterfangen, Subjekte zu objektivieren. Sie werden quasi jährlich erneuert. Das heißt, dass der jeweilige Inhalt dieser Manuale dem jeweiligen Zeitgeist, der herrschenden Meinung ausgesetzt ist. Was hier ohne Umschweife als Meinung über die Beherrschten zum Ausdruck kommt. Die Beschreibungen der jeweiligen Symptome werden von Auflage zu Auflage ständig erweitert, modifiziert, umgeschrieben, neu geordnet. Den ganzen Aufriss nennt man dann wissenschaftlichen Fortschritt.

Das letzte Jahrzehnt bescherte uns u. a. eine geradezu inflationär angewandte Zuschreibung für aufmüpfige Kinder in Form eines diagnostizierten "Aufmerksamkeitsdefizit-Syndrom mit Hyperaktivität" (ADS/H). Mit verheerenden Auswirkungen für die betroffenen Kinder, von denen es in psychiatrischen Einrichtungen mittlerweile, im wahrsten Sinne des Wortes, nur so wimmelt. Wobei die Bezeichnung "Aufmerksamkeitsdefizit" an sich schon verräterisch ist. Oder denken wir an das im Volksmund sog. Burn-Out-Syndrom für ausgelaugte, erschöpfte Lohnabhängige. Oder das seit einigen Jahren stark in Mode gekommene, mittlerweile allgegenwärtige "Borderline-Syndrom" als Beschreibung für alle möglichen Menschen, die der geneigte Sozialarbeiter oder Psychologe nicht mehr oder noch nicht als "Schizophrene" oder "Manisch-Depressive" einordnen kann. Über die er aber dennoch glaubt zu wissen, dass diese sog. "Schwarz-Weiß-Denker" in ihrer Persönlichkeit irgendwie gespalten sind. Und zwar offenbar ganz im Gegensatz zur Mehrheit der Gesellschaft (?). Derart wird das eigene dualistische und mechanische Denkschema, welches man bei professionellen Helfern nicht gerade selten antrifft, als Empfindung und Gedanke des Betroffenen uminterpretiert. Solche Vorgänge bezeichnete Freud einst

als Projektionen. Also als Abwehrmechanismus - in diesem Falle des neurotischen Helfers gegenüber dem Objekt seiner Profession.

Dieser Psychomainstream hängt, neben der üblichen Erklärungsnot der Psychiatrie gegenüber jedem (epidemisch) auftretenden, unerwünschten Verhaltensmuster in der Gesellschaft, nachweislich auch mit dem Warenangebot der Pharmaindustrie zusammen. (Siehe weiter unten). Die permanente Ausdifferenzierung von Diagnosekriterien entspricht der und bedingt die Angebotsdiversifikation auf dem Pharmamarkt und umgekehrt. Derart dem Marktgeschehen unterworfen und dem warenförmigen Charakter menschlicher Beziehungen im Kapitalismus angelegentlich, sagen die Diagnosekriterien weder etwas über die gesellschaftliche Dimension psychischer Verelendung, noch über die Einzigartigkeit der von diesem Elend konkret betroffenen Individuen etwas aus. Sie sind zur bloßen Berechnungsgrundlage für das "Gesundheitssystem" und zum Designkriterium für die Pharmaindustrie heruntergekommen. Nicht mehr und nicht weniger.

Durch denkfaule und zugleich pflichtbewusste professionelle Helfer bekommt die Diagnostik schließlich den ihr zustehenden Fetischcharakter eingeräumt. Die Funktion eines Fetischs besteht darin, hier waren sich Freud und Marx mit Hegel einig, sich weitgehend unbemerkt zwischen wirkliche, lebendige menschlichen Beziehungen zu stellen. Mit dem alleinigen Zweck ein Abhängigkeits- bzw. Herrschaftsverhältnis in den Beziehungen zu verleugnen und/oder zu verdrängen. In diesem Fall konkret das Beziehungsverhältnis zwischen professionellen Helfern und ihrer Klientel. Das erkannte in den 1970er Jahren, nach langjähriger eigener Praxis, schließlich auch der Psychiater D. Cooper: "Die von der Psychiatrie verübte Gewalt lässt sich nur aufgrund ihres fundamentalen Dogmas verstehen: wenn du nicht verstehst, was ein anderer tut, dann diagnostiziere ihn!"

Schluss folgt

ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNGEN

Die IKS hält regelmäßig öffentliche Diskussionsveranstaltungen ab. Wir machen Veranstaltungen mit einem festem Thema, in denen wir eine Einleitung für die Diskussion machen.

Köln:

Diskussionsveranstaltung mit offenem Thema

Termin: siehe unsere Webseite

Zürich:

Termin und Thema der nächsten Veranstaltung siehe unsere Webseite

Weltrevolution

ist eine nur alle zwei Monate erscheinende Zeitung. Es ist unmöglich, nur mit Hilfe der gedruckten, im Zweimonatsrhythmus erscheinenden Presse mit den Ereignissen Schritt zu halten. Deshalb veröffentlichen wir auf unserer Webseite regelmäßig Artikel und Stellungnahmen. Schaut auch auf unsere Webseite in anderen Sprachen, wo ihr zusätzliche Informationen und Artikel findet.

ZEITUNGEN DER IKS

an folgende Adressen schreiben ohne den Namen der Publikation

REVOLUCION MUNDIAL Apdo Post. 15-024, C.P. 02600, D.F., Mexico, Mexiko

ACCION PROLETARIA Apartado de Correos 258, 46080 Valencia, Spanien

WERELD REVOLUTIE P.O. Box 339, 2800 AH Gouda, Niederlande

INTERNATIONALISM P.O. Box 90475, Brooklyn, NY N.Y., 11209 USA

REVOLUTION INTERNATIONALE Mail Boxes 153, 108, rue Damremont, 75018 Paris, Frankreich

WORLD REVOLUTION BM Box 869, London WC 1 N 3 XX, England

WORLD REVOLUTION oz@internationalism.org

COMMUNIST INTERNATIONALIST Post Box Nr. 25, NIT, Faridabad-121001, Haryana, Indien

INTERNACIONALISMO venezuela@internationalism.org

RIVOLUZIONE INTERNAZIONALE CP 469, 80100 Napoli, Italien

INTERNATIONALISME P.O. Box 94, 2600 Berchem, Belgien

INTERNATIONELL REVOLUTION IR Box 21106, 10031 Stockholm, Schweden

REVUEN/BROSCHÜREN/BÜCHER

Plattform der IKS3 Euro, 2 sFr

Die folgenden Publikationen kosten jeweils 3 Euro/5 sFr

- Internationale Revue (erscheint halbjährlich)

- Plattform und Manifeste

- Nation oder Klasse

- Gewerkschaften gegen die Arbeiterklasse

- Die Russische Revolution

- Folgende Broschüren sind z.Zt. nur noch fotokopiert erhältlich:

- Die Dekadenz des Kapitalismus

- Die Deutsch-Holländische Linke

- Die Übergangsperiode zum Kommunismus

- Artikelsammlung Kommunismus

- Verhältnis Fraktion/Partei

- Faschismus/Antifaschismus

- Organisation der Revolutionäre

- Die Italienische Kommunistische Linke - Buch 10 Euro

ABONNEMENTS

Jahresabonnement:

6 Ausgaben von WELTREVOLUTION + 2 Ausg. der INTERNATIONALEN REVUE: 20 Euro/40 sFr.

Förderabonnement:

6 Ausgaben von WELTREVOLUTION + 2 Ausgaben der INTERNATIONALEN REVUE

sowie alle erscheinenden Broschüren, Flugblätter und Einladungen zu unseren

öffentlichen Veranstaltungen: 25.- Euro/sFr.50

Abonnement zum Weiterverteilen:

Lesern, die neben ihrem Abonnement selbst Exemplare verkaufen wollen, schlagen wir vor:

- Abonnement + je 2 Exemplare Weltrevolution + 1 INTERNATIONALE REVUE 25 Euro/sFr50

- Abonnement + je 4 Exemplare WELTREVOLUTION + 1 INTERNATIONALE REVUE: 30 Euro/sFr.60

Alte Ex. von WELTREVOLUTION und INTERNATIONALE REVUE ggf. verbilligt auf Anfrage

Zahlungsweise: Briefmarken (Bestellungen bitte gegen Vorkasse)

KONTAKTADRESSEN

Deutschland und Schweiz: bitte nur wie folgt schreiben

Postfach 2216, CH-8026 Zürich

Die IKS im Internet: <http://www.internationalism.org>

E-Mail-Adresse

deutsch@internationalism.org

schweiz@internationalism.org

ViSdPG und Redaktor: Sinzig, Postfach 2216, 8026 Zürich, Eigendruck

Einige Buchläden, in denen man die Presse der IKS findet

Deutschland

Aachen: Pontstr. 39; **Berlin:** Schwarze Risse Gneisenaustr. 2; Mantteuffelstr. 96; Weydinger Str. 14-16, Rungestr. 20; **Bochum:** Universitätsstr. 26; **Bonn:** Breitestr. 76; **Braunschweig:** Bültenweg 87 **Bremen:** Bula am Ostertor, Fehrfeld 60; **Bielefeld:** Bula Eulenspiegel, Hagenbruchstr.; **Dortmund:** Taranta, Humboldtstr.44; **Düsseldorf:** Bibabuze, Aachenerstr. 1; **Frankfurt:** Karl-Marx-Bula, Jordanstr. 11; **Freiburg:** jos fritz. bücher, Wilhelmstr. 15; **Hamburg:** Bula Nautilus, Friedensallee 7-9; H.Heine, Grindelallee28, **Hannover:** Internationalismus

Bula, Engelbosteler Damm 10; **Karlsruhe:** Andere Buchladen, Marienstr. 15; **Köln:** Der andere Buchladen, Weyertal 32-34; **Nürnberg:** Bauerngasse 14 **Österreich: Wien:** ÖGB Fachbuchhandlung, Rathausstraße 21, Lhotzkys Literaturbuffet, Taborstraße 28. **Schweiz: Basel:** Buchhandlung Wasser, Rümlinsplatz17; Plattfon, Lindenbergsstr. 23, ; **Bern:** Reithalle, Schützenmatte **Fribourg:** Lindwurm, 41, rue de Lausanne; **Genf:** Librairie du Boulevard, 34 rue de Carouge; **Lausanne:** Librairie BASTA, Petit-Rocher 4, **Lugano:** CSOA al Molino, Stadio-primo la Stampa, Molino Infoshop, Area ex

Macello, Viale Cassarate 8, **Luzern:** Buchmattstr. 26, **Schaffhausen:** Webergasse 13, **St. Gallen:** Comedia, Katharinengasse 20; **Winterthur:** Atropa, Kirchplatz 2; Infoladen Rabia, Bachtelstr. 70; **Zürich:** Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstr. 60; Buchhandlung Paranoia City, Bäckerstr. 9; Kasama, Militärstr. 87a; Aufbau, Kanonengasse 35; **Ungarn:** **Budapest:** Gondolkodó. Logodi utca 51, H 1012 Budapest

Die "Piraten": Freibeuter des bürgerlichen Parlamentarismus

Der Siegeszug der "Piraten" scheint unaufhaltsam zu sein. Nachdem sie bereits aus dem Stand die Landesparlamente in Berlin, im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen geentert haben, schicken sie sich laut Umfragen nun auch an, bei den Ende nächsten Jahres anstehenden Bundestagswahlen eine nicht unbedeutende Anzahl von Sitzen zu kapern. Was ihnen in Schweden, dem Herkunftsland der "Piraten", wo sie nach einem ersten Achtungserfolg bei den Europawahlen wieder in der Versenkung verschwanden, versagt blieb, scheint die deutsche Piratenpartei spielend zu erreichen: die Etablierung einer neuen Kraft in den bürgerlichen Parlamenten. Einer Kraft, die anders sein will als das politische Establishment, die nichts Geringeres will als die totale Partizipation und Transparenz und die selbst mit ihrem offenkundigen Dilettantismus erfolgreich für sich wirbt. Eines ist diesem amorphen Konglomerat von Internet-Nerds, Occupy-Beseelten und von durch den Hype um die "Piraten" angelockten Karrieristen schon jetzt gelungen: Ihre Präsenz in den o.g. Landtagen hat die politische Landschaft gehörig durcheinander gewirbelt. Ihr Auftauchen hat das politische Spektrum der herrschenden Klasse aber nur scheinbar erweitert; in Wahrheit sind die Machtoptionen der politischen Klasse eingeschränkter denn je. Vor allem die Chancen für ein rot-grünes Revival auf Bundesebene haben sich eingetrübt, und da auch die Aussichten auf eine Wiederholung der schwarz-gelben Koalition weiterhin gering sind, rückt eine Neuaufgabe der unbeliebtesten aller Optionen, die sog. Große Koalition, wieder in den Fokus. Dies hat damit zu tun, dass die "Piraten" nicht wilens und - was noch schwerwiegender ist - nicht fähig zu einer konstruktiven Regierungsarbeit sind. Bar jeglichen Programms, mit Strukturen, die mehr einem losen Wahlverein als einer Partei ähneln und mit einer schon entwarfendenden Unkenntnis des politischen Tagesgeschäfts ausgestattet, sind die "Piraten" schlicht überfordert, außerhalb ihrer Domäne verbindliche Aussagen zu machen, die sie für die anderen Parteien satisfaktionsfähig machen.

Angesichts dessen stellen sich zwei Fragen, wovon die erste spekulativer Natur, die zweite aber durchaus konkret ist: Handelt es sich bei den "Piraten" lediglich um eine politische Eintagsfliege, die sich spätestens nach den nächsten Bundestags-

wahlen in ihre einzelnen Bestandteile zerlegen wird, oder hat sie das Zeug zu einer Protestpartei mit Zukunftspotenzial? Und: Welche Rolle spielen die "Piraten" heute, worin besteht ihre aktuelle Funktion?

Das Internet im Fadenkreuz von Kommerz und staatlicher Kontrolle

Treibende Kraft hinter dem Phänomen der "Piraten" ist ein Konflikt zwischen der sog. Internet-Community, also jener Heerschar von Internet-Usern, Hackern, Bloggern, Spielern, etc., und staatlichen Institutionen (Justiz, Geheimdienste, der Gesetzgeber) und Konzernen um die Freiheit des World Wide Web. Dieser Konflikt schwelt bereits seit geraumer Zeit und flammt immer wieder auf. Es war die Affäre rund um Wikileaks und dessen Spiritus rector, Julian Assange, der der breiten Öffentlichkeit erstmals einen Eindruck davon verschaffte, wie verbissen die Auseinandersetzungen zwischen den Verfechtern der uneingeschränkten Transparenz und den staatlichen Geheimniskrämern inzwischen geführt werden. Seither ist dieser Konflikt zu einem mehr oder minder offenen "Cyberkrieg" eskaliert, in dem beide Seiten immer größeres Geschütz auffahren. Auf der einen Seite drohen die staatskapitalistischen Regimes überall mit immer drakonischeren Strafen, hetzen ihre Geheimdienst- und Polizeiapparate auf zum Teil minderjährige Hacker und drangsalieren die Internet-Community mit immer neuen Einschränkungen. Auf der anderen Seite schrecken Internet-Aktivistinnen wie die ominöse Gruppe "Anonymus" immer weniger davor zurück, Konzerne, staatliche Behörden und selbst Privatpersonen mit immer ausgeklügelteren Methoden elektronisch lahmzulegen, ihre Kundendaten bzw. persönlichen Daten zu hacken, um sie anschließend zu veröffentlichen. Besonders heftig tobt der Kampf in den USA; der US-amerikanische Staatskapitalismus hat den Krieg gegen die sog. Cyberkriminalität auf sein Schild gehoben und jagt Betreiber illegaler Dienste notfalls um den ganzen Globus.

Aber auch das politische Regime in Deutschland hat die Zeichen der Zeit erkannt. Während es einerseits darum bemüht ist, die "Auswüchse" des Webs gesetzlich einzudämmen, weiß es andererseits auch um die Vorteile, die die neuen Medien im Sinne der Aufrechterhaltung seiner Herrschaft bieten. Im Grunde war es seine Umtriebigkeit, die die Internet-Com-

munity erst sensibilisierte und politisierte. Initialzündung für die Gründung der "Piraten" in Deutschland waren Pläne der damaligen Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen ("Zensursula"), unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Kinderpornographie die gesetzliche und infrastrukturelle Möglichkeit zu schaffen, Internetseiten zu sperren - unter Verwendung von sog. Sperrlisten des Bundeskriminalamtes und ohne Einbeziehung von Gerichten. Und als sich die Bundesregierung Anfang des Jahres anschickte, das auf völlig undurchsichtige Art und Weise zwischen den USA, der EU und einigen anderen Ländern zustande gekommene sog. Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen (Anti-Counterfeiting Treat Agreement, kurz: ACTA) zu ratifizieren, schuf sie mit den anschließenden Straßenprotesten erst die (wenn auch labile) Massenbasis für die "Piraten", mit der diese sich dann in die o.g. Landtage katapultierte.

Der gesamte Konflikt besteht in seinem Kern aus zwei Brandherden. Zum einen laufen die Netzaktivisten Sturm gegen die zunehmende Einschränkung kostenloser Downloads und die Kommerzialisierung des Internets auf Kosten der Nutzer. Erst jüngst ließ das juristische Vorgehen des Musikrechteverwerter Gema gegen die Musik- und Filmplattform YouTube die Wellen im Netz hochschlagen; YouTube wurde vom Landgericht Hamburg zu einer strikteren Kontrolle der hochgeladenen Musikstücke verdonnert. Aber auch die Internet-Anbieter selbst sinnen über Möglichkeiten des elektronischen Abkassierens ihrer bisher für den Nutzer kostenlosen Dienste nach. Zum anderen sieht sich die Netzgemeinde zunehmend mit dem Griff des staatlichen Regimes nach der Kontrolle über das Internet konfrontiert, muss sie erleben, wie sich der staatliche Moloch die neuen elektronischen Medien zunutze macht, um seine Überwachungsmethoden zu verfeinern und zu perfektionieren. Vor einigen Jahren, im April 2007, wurde die Öffentlichkeit von einer Nachricht des Chaos Computer Club (CCC) über die Existenz sog. "Bundestrojaner" aufgeschreckt, einer Spionagesoftware, die, einmal im Computer, Laptop oder I-Phone installiert, eine lückenlose Überwachung durch Geheimdienste ermöglicht; der CCC fand ferner heraus, dass diese Spitzelsoftware in einem Programm mit dem vielsagenden Titel ELSTER vorinstalliert war, mit dem künftig je-

der Bundesbürger seine Steuererklärung erstatten soll... Erst im letzten Jahr wurde bekannt, dass die neue Handy-Generation, die I-Phones, ein detailliertes Bewegungsprofil des stolzen Besitzers eines solchen Gerätes erlaubt; in Kombination mit der sog. Vorratsdatenspeicherung eröffnet dies den staatlichen Überwachungsbehörden ganz neue Möglichkeiten.

All dies ist ein schlagender Beweis für ein Phänomen, das den niedergehenden Kapitalismus des 20. und 21. Jahrhunderts prägt. Der Konflikt rund um das Internet ist nur ein weiteres Beispiel für die Unfähigkeit und den Unwillen des "senilen Kapitalismus", der Entwicklung der von ihm selbst geschaffenen Produktivkräfte (das Internet ist bekanntlich eine Erfindung des US-Militärs im Kalten Krieg) freien Lauf zu lassen. Er veranschaulicht angesichts des technisch möglichen freien, weltweiten Zugangs zum Internet und seinen Produkten die ganze Perversion, die heute in der Warenwirtschaft und im Privateigentum an Produktionsmitteln steckt. Und er zeigt, dass bei aller Grenzenlosigkeit des World Wide Web die staatskapitalistischen Regimes dieser Welt keineswegs geneigt sind, auf ihr Primat gegenüber dem Internet zu verzichten, dass sie bereit sind, mit allen Mitteln - angefangen von einer Überwachung Orwellschen Ausmaßes über die Kriminalisierung blutjunger Teenager bis hin zum Abschalten des Internets - ihre Vorherrschaft auch gegenüber diesem gesellschaftlichen Segment zu verteidigen.

Die "Piraten" - unter vollen Segeln in die bürgerliche Demokratie

Mit den "Piraten" verhält es sich ähnlich wie einst mit den Grünen: Sie geben falsche Antworten auf eine richtige Frage. So wie die Grünen in ihren Anfängen üben sich die "Piraten" in urdemokratischen Praktiken und propagieren sie als politisches Gegenmodell zu den etablierten Parteien; Erstere nannten dies "Basisdemokratie", die Piraten dagegen bevorzugen, angeregt von der Occupy-Bewegung, die Begriffe "Teilhabe" und "Transparenz". Doch anders als die Grünen, die die "Basisdemokratie" in Gestalt der seinerzeit wie Pilze aus dem Boden schießenden Bürgerinitiativen nur als ein Mittel zum Zweck der Durchsetzung ökologischer Politik betrachteten, scheinen die "Piraten" die "liquid democracy" selbst als den Hauptzweck ihrer Politik anzusehen. Es ist dieses Verspre-

chen, das die "Piraten" derzeit insbesondere in der jungen Generation so attraktiv macht: Weg mit der undurchsichtigen Hinterzimmer-Diplomatie, den intriganten Manövern, der Politik nach Gutsherrenart, für eine transparente Politik unter voller Beteiligung der Bevölkerung! Dabei kommt den "Piraten" der Umstand zugute, dass die sozialen Proteste sich hierzulande noch nicht der Straßen und Plätze bemächtigt haben, wie das beispielsweise in Spanien der Fall ist. Nur so ist zu erklären, dass eine "Partei" wie die "Piraten" in die Parlamente katapultiert wird, obwohl sie bisher mit keiner einzigen Silbe auf die brennenden sozialen Fragen eingegangen ist, sieht man einmal von ihrer Forderung nach einem sog. Bürgergeld ab.

Im Grunde rennen die "Piraten" mit ihrer Forderung nach Partizipation und Transparenz lediglich offene Türen ein. Die Herrschenden in Deutschland haben schon längst begriffen, dass ihr Herrschaftsmodell der "repräsentativen Demokratie", sprich: der Parteienherrschaft, ein neues Make-up nötig hat. Spätestens mit den live im Fernsehen übertragenen Gesprächen zwischen Gegnern und Befürwortern von "Stuttgart 21" hat die so genannte Bürgerbeteiligung eine neue Qualität gewonnen - mehr Transparenz geht nicht. Allerorten suchen die etablierten Parteien den "Dialog mit dem Bürger": Kanzlerin Merkel geht mit ihren "Townhall-Meetings" hausieren, SPD-Vorsitzender Gabriel schlägt vor, dass auch Nicht-Mitglieder den SPD-Kanzlerkandidaten nominieren dürfen, und auch beim Ausbau des Stromnetzes im Zuge der sog. Energiewende sollen die Betroffenen per "Dialog" eingebunden werden. Wohin das Auge blickt, "Partizipation" ohne Ende. Für die politische Klasse überwiegen die Vorteile einer solchen "bürgerbeteiligten" Demokratie. Zwar ist das ganze Prozedere der "Bürgerbeteiligung" sehr Zeit raubend und sorgt für lange Vorlaufzeiten bei infrastrukturellen Großvorhaben, doch am Ende zählt der politische Gewinn, nämlich eine neue Politik für die bürgerliche Demokratie und ein Zeichen gegen die grassierende "Politikverdrossenheit".

So sind denn die "Piraten", ohne es zu wollen, nichts anderes als nützliche Idioten im Dienste der Bourgeoisie. Sie erwecken den Glauben an das bürgerliche Parlament zu neuem

Schluss auf S. 3

UNSERE POSITIONEN

Seit dem 1. Weltkrieg ist der Kapitalismus ein dekadentes gesellschaftliches System. Zweimal hat er die Menschheit in einen barbarischen Zyklus von Krise, Weltkrieg, Wiederaufbau, neue Krise gestürzt. In den 80er Jahren ist er in die letzte Phase seines Niedergangs eingetreten - die seines Zerfalls. Gegenüber diesem unwiderruflichen historischen Abstieg gibt es nur eine Alternative: Sozialismus oder Barbarei, kommunistische Weltrevolution oder Zerstörung der Menschheit.

Die Pariser Kommune von 1871 war der erste Versuch des Proletariats, diese Revolution durchzuführen. Dies geschah jedoch zu einem Zeitraum, als die Bedingungen dafür noch nicht reif waren. Nachdem diese Bedingungen aber mit dem Eintritt des Kapitalismus in seine Dekadenz geschaffen waren, stellte die Oktoberrevolution 1917 in Russland den ersten Schritt einer echten kommunistischen Weltrevolution innerhalb einer internationalen Welle von revolutionären Kämpfen dar, die den imperialistischen Weltkrieg zu Ende brachte und mehrere Jahre fort dauerte. Das Scheitern dieser revolutionären Welle, insbesondere in Deutschland von 1919-23 führte dazu, daß die Revolution in Russland isoliert blieb und schnell entartete. Der Stalinismus war nicht das Ergebnis der russischen Revolution, sondern ihr Totengräber.

Die staatlichen Regime, die unter der Bezeichnung "sozialistisch" oder "kommunistisch" in der UdSSR, in Osteuropa, China, Kuba usw. entstanden waren, waren nur besonders brutale Formen einer weltweiten Tendenz zum Staatskapitalismus, die typisch

ist für die Niedergangsphase des Kapitalismus.

Seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts sind alle Kriege imperialistische Kriege in einem Todeskampf zwischen großen oder kleinen Staaten gewesen, um eine internationale Stellung zu erobern oder zu erhalten. Diese Kriege haben der Menschheit nur Tod und Zerstörung in einem immer größeren Ausmaß gebracht. Die Arbeiterklasse muß dem ihre internationale Solidarität und den Kampf gegen die Bourgeoisie in allen Ländern entgegensetzen.

All die Ideologien der "nationalen Unabhängigkeit", des "Selbstbestimmungsrechts der Völker", unabhängig davon, ob sie unter einem ethnischen, historischen, religiösen oder sonstigen Vorwand verteidigt werden, sind für die Arbeiter ein wahres Gift. Indem sie für die eine oder andere Fraktion der Bourgeoisie Partei ergreifen sollen, werden so die Arbeiter gegeneinander aufgezettelt und dazu getrieben, sich im Interesse der Ausbeuter in den Kriegen zwischen diesen gegenseitig abzuschlachten.

Im dekadenten Kapitalismus sind das Parlament und die Wahlen zu einer einzigen Heuchelei geworden. Jeder Aufruf zur Beteiligung am Wahlzirkus kann nur die Wirkung der Lügen verstärken, mit der die Wahlen als eine "echte Alternative" für die Ausgebeuteten dargestellt werden. Die Demokratie, die eine besonders heuchlerische Herrschaftsform der Bourgeoisie ist, unterscheidet sich im Grunde nicht von den anderen Formen der kapitalistischen Herrschaft, dem Stalinismus und dem Faschismus.

Die Fraktionen der Bourgeoisie sind alle

gleich reaktionär. Alle sog. "sozialistischen", "kommunistischen" Arbeiterparteien (jetzt die früheren "Komunisten"), die Organisationen der extremen Linken (Trotzkisten, Maoisten, und Exmaoisten, offizielle Anarchisten) stellen den linken Flügel des politischen Apparates des Kapitals dar. All die Taktiken der "Volksfront", der "antifaschistischen" Front und der "Einheitsfront", die die Interessen des Proletariats mit denen einer Fraktion der Bourgeoisie zusammenbringen wollen, dienen nur dazu, daß der Kampf der Arbeiterklasse kontrolliert und in Sackgassen gelenkt wird.

Mit dem Eintritt des Kapitalismus in seine Dekadenz sind die Gewerkschaften überall zu Organen der kapitalistischen Ordnung innerhalb der Arbeiterklasse geworden. Die gewerkschaftlichen Organisationsformen, ob die "offiziellen" oder die "Basisgewerkschaften", dienen nur dazu, die Arbeiterklasse zu kontrollieren und ihre Kämpfe zu sabotieren.

Um ihre Kämpfe erfolgreich durchzuführen, muß die Arbeiterklasse ihre Kämpfe zusammenschließen, indem sie deren Ausdehnung und Organisation selbst in die Hand nimmt. Dies geschieht mittels selbständiger Vollversammlungen und Komitees von Delegierten, die jeweils jederzeit von diesen Versammlungen gewählt und abgewählt werden können.

Der Terrorismus ist in keiner Hinsicht ein Mittel des Kampfes der Arbeiterklasse. Als Ausdruck der geschichtlich zukunftslosen gesellschaftlichen Schichten und des Zerfalls des Kleinbürgertums liefert der Terrorismus, wenn er nicht direkt ein Mittel des

ständigen Krieges zwischen den Staaten ist, immer einen Nährboden für die Manipulationen der Bourgeoisie. Indem er für die geheimen Aktionen von kleinen Minderheiten eintritt, steht er im totalen Gegensatz zur Klassengewalt, die sich auf Handlungen einer bewussten und organisierten Masse des Proletariats stützt.

Die Arbeiterklasse ist die einzige Klasse, die dazu in der Lage ist, die kommunistische Revolution durchzuführen. Der revolutionäre Kampf führt die Arbeiterklasse notwendigerweise zu einer Konfrontation mit dem kapitalistischen Staat. Um den Kapitalismus zu zerstören, muß die Arbeiterklasse alle Staaten zerstören und die Diktatur der Arbeiterklasse auf Weltebene errichten: die internationale Macht der Arbeiterklasse, die das gesamte Proletariat umfassen.

Die kommunistische Umwandlung der Gesellschaft durch die Arbeiterräte bedeutet weder "Selbstverwaltung" noch "Verstaatlichung" der Wirtschaft. Der Kommunismus erfordert die bewusste Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse durch die Arbeiterklasse: die Lohnarbeit, die Warenproduktion, die Landesgrenzen. Dazu muß eine Weltgemeinschaft errichtet werden, deren ganze Aktivitäten auf die volle Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse ausgerichtet sind.

Die revolutionäre politische Organisation stellt die Avantgarde des Proletariats, den aktiven Faktor des Prozesses der Generalisierung des Bewusstseins innerhalb des Proletariats dar. Ihre Rolle besteht weder in der "Organisation der Arbeiterklasse" noch in der "Übernahme der Macht" in ihrem Namen, sondern aktiv an der Vereinigung der Kämpfe mitzuwirken, daß die

Arbeiter die Kämpfe selbst in die Hand nehmen und eine revolutionäre politische Orientierung für den Kampf des Proletariats aufgezeigt wird.

UNSERE AKTIVITÄT

Die theoretische und politische Klärung der Ziele und Mittel des Kampfes des Proletariats, seiner geschichtlichen und unmittelbaren Bedingungen.

Die organisierte, vereinigte und auf internationaler Ebene zentralisierte Intervention, um zum Prozess beizutragen, der zu revolutionären Handlungen der Arbeiterklasse führt.

Die Umgruppierung der Revolutionäre im Hinblick auf die Schaffung einer wirklichen kommunistischen Weltpartei, die unabdingbar ist für die Abschaffung der kapitalistischen Herrschaft und die Entwicklung hin zur kommunistischen Gesellschaft.

UNSER URSPRUNG

Die Positionen der revolutionären Organisationen und ihre Aktivitäten sind das Ergebnis der vorherigen Erfahrungen der Arbeiterklasse und der Lehren, die diese politischen Organisationen aus der Geschichte gezogen haben. So beruft sich die IKS auf die Errungenschaften, die nacheinander erbracht wurden vom Bund der Kommunisten (1847-52) um Marx und Engels, den drei Internationalen (Internationale Arbeiterassoziation 1864-72, II. Sozialistische Internationale 1889-1914, Kommunistische Internationale 1919-1928), den Linkskommunistischen Fraktionen, die in den 20er und 30er Jahren aus der 3. Internationale während ihres Niedergangs hervorgegangen waren, insbesondere der Deutschen, Holländischen und Italienischen Linken.